

Werkstatt-Papiere

Nr. 15

B ü r g e r g u t a c h t e n
B ä r e n l o c h

Peter C. Dienel

Forschungsstelle
Bürgerbeteiligung & Planungsverfahren
Universität Gesamthochschule Wuppertal

Werkstatt - Papiere

Nr. 15

B ü r g e r g u t a c h t e n
B ä r e n l o c h

Peter C. Diemel

(Nachdruck des Bürgergutachten Bärenloch. Vorläufiger Ergebnisbericht der Bürgerplanung einer Tageserholungsanlage. März 1979)

FORSCHUNGSSTELLE BÜRGERBETEILIGUNG & PLANUNGSVERFAHREN

LEITUNG: PROFESSOR DR. PETER C. DIEMEL

UNIVERSITÄT-GESAMTHOCHSCHULE WUPPERTAL

5600 WUPPERTAL 1

TEL. 0202-439-2295/2344

Vorbemerkung 1983

Das Bürgergutachten Bärenloch ist seit längerem vergriffen, Interesse und Nachfrage halten aber weiter an. Es wird daher dem Leser als 'Werkstatt-Papier' erneut zugänglich gemacht, und zwar in Form einer Ablichtung der Originalschriftsätze.

In den letzten Monaten wurde die Arbeit der Forschungsstelle voll durch das Vorhaben in Anspruch genommen, das Modell Planungszelle erstmalig in einer überkommunalen Aufgabenstellung einzusetzen. Als Zusammenfassung der von den Teilnehmern dabei erarbeiteten Ergebnisse wird in Kürze das 'Bürgergutachten zukünftige Energiepolitik' vorliegen.

Die Verfügbarmachung des Bürgergutachten-Bärenloch deutet an, daß auch der gemeindliche Bereich als Anwendungsfeld für neue Beteiligungsvorhaben weiterhin in Frage kommt. Mehr als bisher sollte zusammen mit interessierten Städten und Gemeinden, und zwar anhand konkreter kommunaler Probleme, darüber nachgedacht werden, wo und wie die in Solingen gewonnenen Erfahrungen für neue Beteiligungsversuche verwendet werden können.

Peter C. Dienel

Bürgergutachten BÄRENLOCH

Vorläufiger Ergebnisbericht der Bürgerplanung
einer Tageserholungsanlage

Wuppertal, März 1979

An der Auswertung der Daten haben mitgewirkt
Dipl. Ökonom Thomas Friedrich und Dipl. Soziologe
Heiner Henning.

An der Vorbereitung oder Durchführung der Maßnahme
'Bürgergutachten Bärenloch' waren tätig beteiligt
die Damen und Herren:

Anmann, Beier, Bongardt, Buntz, Dienel, Friedrich,
Garbe, Henning, Hestermann, Klönne, Köhler, Kubersky,
Psotta, Roters, Scheffler, Wyborski, Ziehmann.

(Dieser Ausgabe des vorläufigen Berichtes ist auf
der folgenden Seite das Begleitschreiben beige-
geben, mit dem der Bericht dem Chef der Verwaltung
überreicht worden ist.)

GESAMTHOCHSCHULE WUPPERTAL
FB 1 - Gesellschaftswissenschaften -
Prof. Dr. Peter C. Dienel

Wuppertal-Elberfeld, den 2. 4. 1979
Gaußstraße 20 Gebäude 0 13.02
☎ (0202) 439-1 Durchwahl 439- 2294/95
Telex 8592262 ghw

Gesamthochschule Wuppertal, Postfach 10 01 27, 5600 Wuppertal 1
Geschäftszeichen: Di/Ka

An den
Oberstadtdirektor der Stadt
Solingen
Herrn Dr. Schmitz-Herscheidt
Rathaus, Potsdamer Str. 41

5650 Solingen 1


Sehr geehrter Herr Oberstadtdirektor,

hiermit erlaube ich mir, Ihnen den 'Vorläufigen Ergebnisbericht' der Planungsmaßnahme "Bürgergutachten BÄRENLOCH" vorzulegen.

Dieser 'Vorläufige Ergebnisbericht' wird als Ausgangspapier für die Besprechungen dienen, die mit den beteiligten Stellen Ihres Hauses vor der Erstellung des eigentlichen Ergebnisberichtes zu führen sind. Bisher ist dieses Papier mit keinem der Ämter Ihres Hause abgestimmt.

Der noch ausstehende Ergebnisbericht wird sich als Bürgergutachten verstehen. Um diesen Charakter zu wahren, erscheint es sinnvoll, die Vorsitzenden der Ratsfraktionen von dem noch nicht abgestimmten 'Vorläufigen Ergebnisbericht' in Kenntnis zu setzen. Ich darf daher, sehr geehrter Herr Oberstadtdirektor, mit Ihrem Einverständnis rechnen, wenn ich das beiliegende Papier den Herren Fraktionsvorsitzenden mit gleicher Post zugehen lasse.

Mit freundlichem Gruss


Prof. Dr. Peter C. Dienel

Anlage

I N H A L T

	<u>Seite:</u>
1. Kurzfassung	2
- Zweck des vorläufigen Berichtes	
- Überblick über die Ergebnisse	
2. Ausgangssituation	4
3. Aufgabenstellung	8
4. Organisatorischer Ablauf	10
- Benutzergruppen	
- Planungsgruppen	
- Bewertungsgruppen	
5. Grundlagen der Aussagengewinnung	14
6. Gewichtung der Aussagen	18
7. Ergebnisse	21
7.1 Notwendigkeit der Anlage	21
7.2 Zielgruppen	23
7.3 Funktionen	28
7.4 Zeitperspektive	33
7.5 Einbindung	34
- Hausstandort	
- Parkmöglichkeiten	
- Zugänglichkeit	
7.6 Einrichtungen	38
- Nennung von Einrichtungen	
- Auswertung der Wunschlisten	
- Gewichtung der Nennungen	
- Zusätzliche Attraktivität	
7.7 Räumliche Zuordnung	45
- Einrichtungen mit nur einem Standort	
- Einrichtungen mit drei Standorten	
- Diffus verteilte Einrichtungen	
- Übersichtlichkeit	
7.8 Charakter des Hauses	55
7.9 Personal	57
- Stellenwert und Funktion	
- Faktoren für Bedarf	
- Einschätzung des Bedarfs	
- Zur Deckung des Bedarfs	
8. Nebenergebnisse	
- Steigerung kommunalpolitischen Bewußtseins	61
- Kontakt Bürger-Verwaltung	
- Identifikation mit der geplanten Maßnahme	
9. Weitere Auswertung	63

1. Kurzfassung

1.1. Zweck des vorläufigen Berichtes

Dieser Zwischenbericht wird als Unterlage für das Gespräch mit den beteiligten Ämtern der Stadt Solingen dienen, bei dem abgeklärt wird, auf welche Punkte der abschliessende Bericht über die Arbeit der PLANUNGSZELLEN in vertiefter Form eingehen soll. Der Bericht beschränkt sich daher im wesentlichen auf Daten, die für die Planung der Tageserholungsanlage BÄRENLOCH von Bedeutung sind.

1.2. Oberblick über die Ergebnisse

Im folgenden wird versucht, einige Ergebnisse zusammenfassend vorab darzustellen. Nach Meinung der teilnehmenden Bürger gelten folgende Aussagen:

- Die Freizeitanlage BÄRENLOCH ist notwendig.
- Sie soll Freizeitmöglichkeiten für alle Bevölkerungskreise bieten.
- Kinder und Jugendliche stehen dabei im Vordergrund.
- Abgelehnt werden (unquantifiziert):
Vereinsport, Moped- und Radfahrer, Schwimmbad, Fußballstadion, Reiten, Wettkampfsport und Hunde.
- Auf 150 Plan-Entwürfen werden über 3000 Einrichtungen vorgeschlagen. Den Schwerpunkt bilden Aktivitätsmöglichkeiten (2/3 aller Nennungen).
- Die "Ruhebereiche" sind von den "Aktivbereichen" deutlich abgrenzbar.
- Die Anlage soll auf 15-30 Jahre voraus geplant werden.
- Das Freizeithaus soll in der Nähe Eingang Bimeicher Strasse liegen.
- Parkplätze werden nach den heute bestehenden Zufahrtsmöglichkeiten (Cronenberger Strasse) plaziert.

- Die Freizeitanlage sollte durchgehend geöffnet sein.
- Brettspielmöglichkeiten und Freilichtbühne nennen über 70 %; Abenteuerspielplatz, Verkehrsübungsplatz und Trimpfad etwa die Hälfte der Bürgerplaner.
- Ein zusätzlicher Anziehungspunkt ist erforderlich (über 70%).
- Vorschläge dafür könnten über ein Preisausschreiben eingeholt werden.
- Die Standorte für 'Verkehrsübungsplatz' und 'Freilichtbühne' liegen relativ eindeutig fest.
- Für 'Trimpfade' und für 'Abenteuerspielplatz' stehen jeweils 3 Standorte zur Disposition.
- Für 'Brettspielmöglichkeiten' werden bestimmte Bereiche bevorzugt; es gibt aber keine eindeutig vorherrschenden Standorte.
- Das Freizeithaus beherbergt Gastronomie, Spiel- und Hobbyräume. Es sollte nicht zu stark nur für Jugendliche zugeschnitten sein.
- Ausreichendes Personal ist von entscheidender Bedeutung.
- Personal soll in zwei Schichten (90 %) und auch an Sonn- und Feiertagen (97 %) arbeiten.
- Bei der sozialen Betreuung sollten auch Ersatzdienstpflichtige beschäftigt werden.
- Verfahren, um freiwillig tätige Bürger befristet zu beschäftigen, sind zu entwickeln.
- Obgleich auf allen verwendeten Karten fest eingezeichnet, löst die Autobahn A 31 bei den Bürgern - in ihrer Rolle als Planer - Rückfragen aus. Diese blieben unerörtert, verrieten aber vielfach Ablehnung der Trassenführung oder überhaupt der Notwendigkeit der Autobahn.

- Neben den Planungsergebnissen ist bedeutsam
 - o die Steigerung des kommunalpolitischen Bewußtseins der Teilnehmer,
 - o der neuartige Kontakt Bürger-Verwaltung,
 - o die Identifikation des Teilnehmers mit der von ihm geplanten Anlage.

2. Ausgangssituation

2.1. Eine Kippe wird Freizeitpark

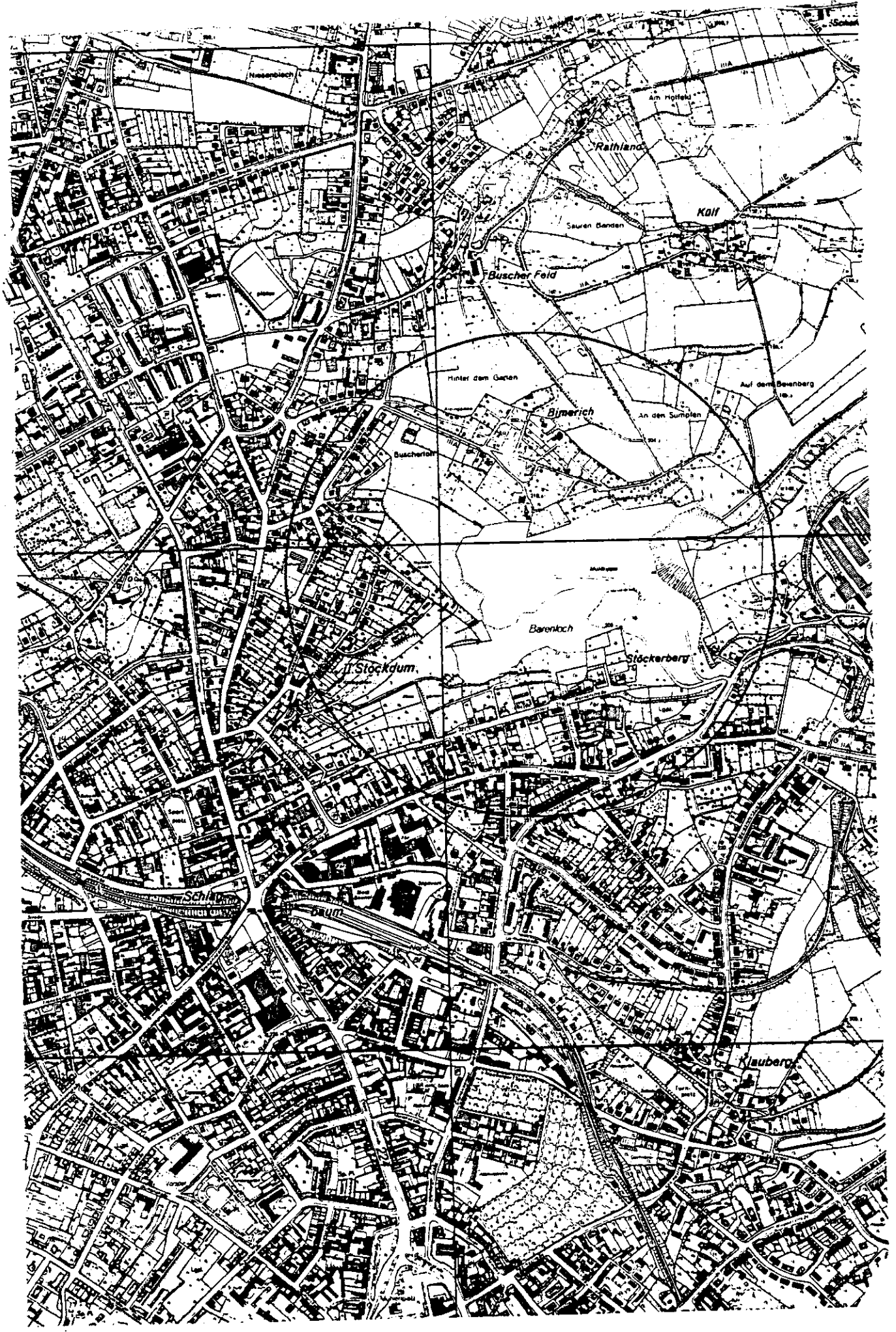
Seit der Nachkriegszeit wurde in Solingen auf dem BÄRENLOCH (s. Karte) Aushub und Müll abgekippt. In der Planung der Stadt ist dieses Gebiet seit 1967 für Freizeit- und Erholungszwecke vorgesehen und bauleitplanmässig - Bekanntgabe: August 1968 - gesichert.

In den vergangenen 2 Jahren sind grosse Teile dieser Fläche mit Erde abgedeckt, profiliert und mit Gras eingesät worden.

Der weitere Ausbau der etwa 22 ha grossen¹⁾ Freizeit- und Erholungsfläche BÄRENLOCH hängt davon ab, dass fixiert werden kann, welche Arten von Anlagen und Einrichtungen auf dem Gelände Platz finden werden. Einer solchen Festlegung liegen Vorstellungen über die Wünsche der potentiellen Benutzer zugrunde.

Die Stadt Solingen hatte sich entschlossen, an der Ergründung der relevanten Erwartungen sowie vor allem auch an den Gestaltungsüberlegungen Bürger, und zwar möglichst unmittelbar, zu beteiligen. Bei der Planung Bärenloch ist aber eine solche Beteiligung schwierig. Der Kreis der üblicherweise zur Teilnahme Motivierten, nämlich der direkt betroffenen Eigentümer, ist nur klein. Es mußte ein Weg gefunden werden, das - im Übrigen von vornherein nur schwer abgrenzbare - 'Publikum' an den Planungen in sinnvoller Weise zu beteiligen.

1) Die zu planende Anlage ist damit genau so gross wie der Frankfurter 'Palmgarten', der jetzt im Hinblick auf eine in 10 Jahren anstehende Bundesgartenschau für 36 Mill. DM renoviert werden soll.



Maßnahmenspezifische Bürgerbeteiligung

An der Bergischen Universität - Gesamthochschule Wuppertal ist ein Beteiligungsverfahren entwickelt worden, mit dem es möglich ist, neben den direkt Betroffenen sowohl die potentiellen Benutzer wie auch die "Nichtbetroffenen" (z.B. die potentiellen Bezahler) an der Planung derartiger Maßnahmen in geordneter Form zu beteiligen.

Eine oft zitierte Zeichnung (s. Abb. 1) soll hier die mögliche Bedeutung eines solchen Verfahrens veranschaulichen. Die einzelnen Merkmale, deren Kombination dieses Beteiligungsmodell PLANUNGSZELLE ausmacht, brauchen hier nicht dargestellt zu werden, weil auf entsprechende Beschreibungen an anderer Stelle verwiesen werden kann.²⁾

Einige der bemerkenswerten Effekte, die von diesem Verfahren erwartet werden können, hatten sich bereits in den vorangegangenen Testläufen belegen lassen.³⁾ Mit den noch interessanteren Langfristauswirkungen ist erst bei vermehrtem Einsatz des Modells zu rechnen. Beide Arten von Wirkungen sind daher nicht Gegenstand dieses Berichtes.

Die Stadt Solingen hatte sich an das Wuppertaler Forschungsprojekt (Prof. Dienel) mit der Aufforderung gewandt, PLANUNGSZELLEN für den weiteren Ausbau des BÄRENLOCHS vorzubereiten und durchzuführen. Diese Vorbereitung und Durchführung wurde ermöglicht durch die Zusage einer Grundfinanzierung seitens des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen.⁴⁾

2) vgl. Peter C. Dienel, Die Planungszelle, Opladen 1978, S. 74 ff.

3) Peter C. Dienel, Bürger planen Hagen-Haspe, Schriftenreihe Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW: Stadtentwicklung-Städtebau Band 2.020, Dortmund 1978;

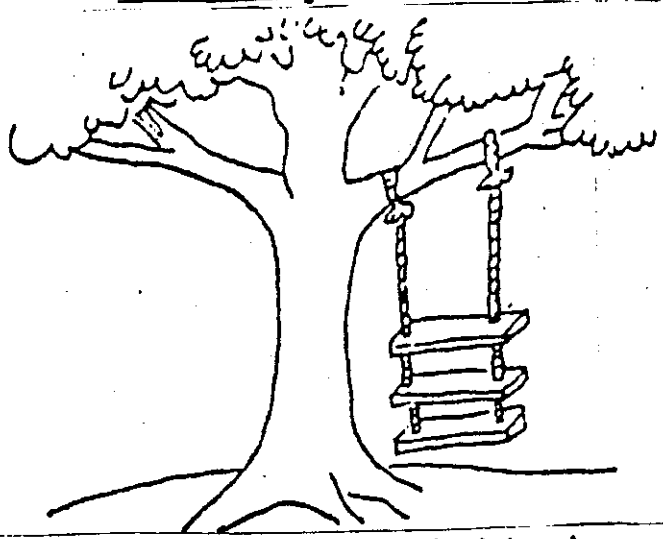
Detlef Garbe, Die Planungszelle und ihre Umwelt, Analyse des Beziehungsgefüges zwischen Verfahren, Teilnehmern und Planern, Dissertation Wuppertal 1979 (Veröffentlichung als Buch vorbereitet);

Peter C. Dienel, Ergebnisbericht "Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen" der Stiftung Volkswagenwerk vorgelegt, Wuppertal, Juni 1975.

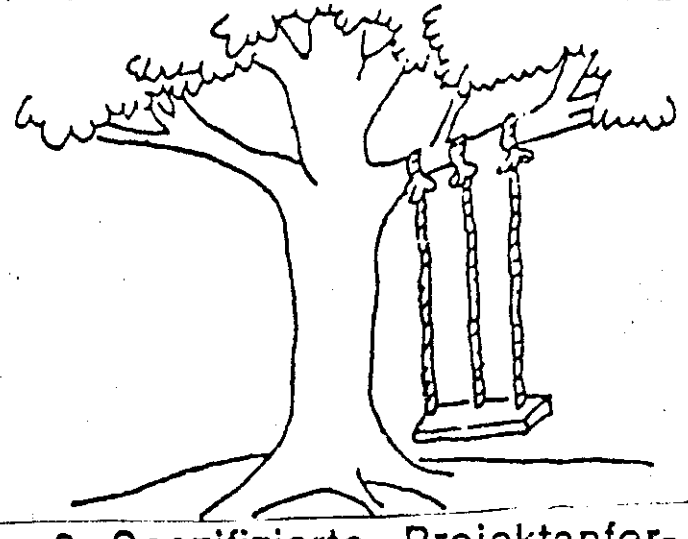
4) vgl. den Förderungsbescheid des Ministers V C 3 - 72.03-44.1 vom 31. August 1978.

Ergebnis

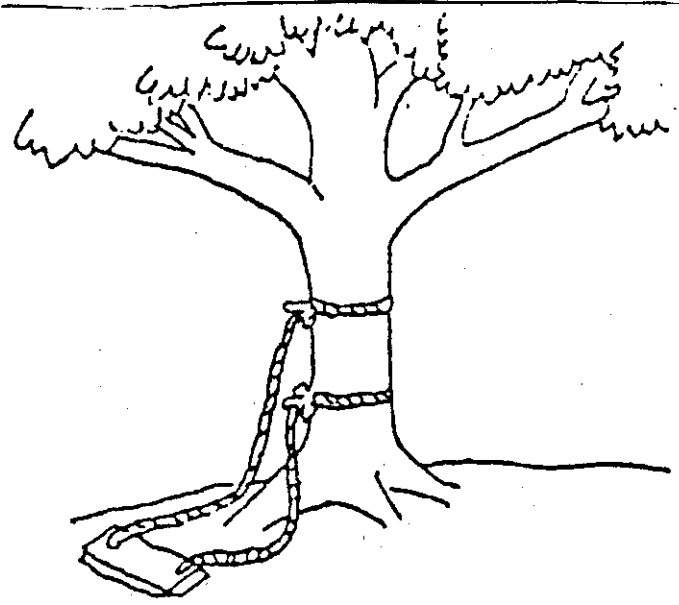
der Analyse einer konventionellen Planung



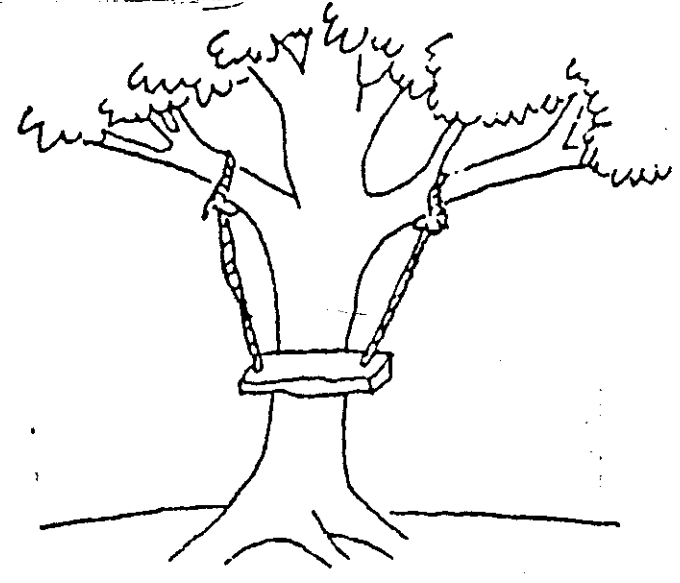
1. Vorschlag des Geldgebers



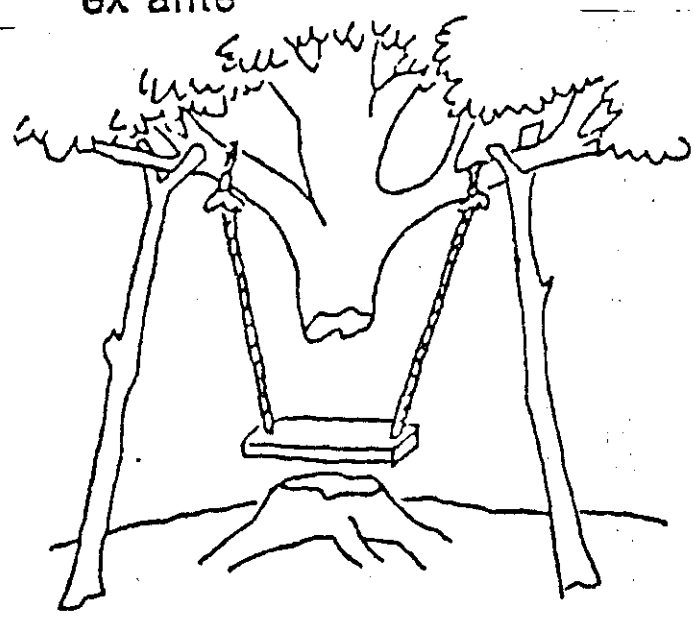
2. Spezifizierte Projektanforderung



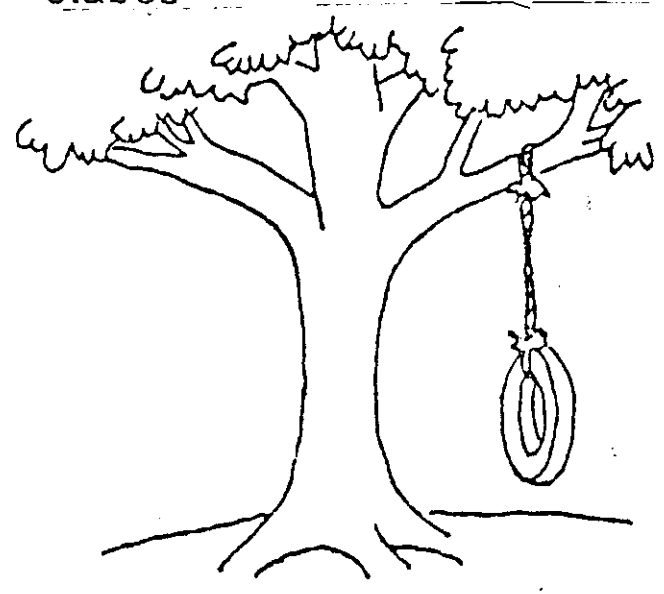
3. Ergebnis der Evaluierung ex ante



4. Vorschlag des Planungsstabes



5. Was tatsächlich gebaut wurde



6. Was man eigentlich haben wollte

3. Die Aufgabenstellung:

3.1. Im Rahmen der Planung einer Tageserholungsanlage ist es an vielen Stellen sinnvoll, bürgerschaftliche Vorschläge und Bewertungen einzuholen. Auch bei der Anlage Bärenloch gibt es eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Probleme, die von den Bürgern erörtert werden können. So lag es nahe, die Probleme aufzuteilen und dann die einzelnen PLANUNGSZELLEN auf je verschiedene Aufgaben anzusetzen.

Das noch in der - allerdings fortgeschrittenen - Erprobung befindliche Modell PZ ist in Solingen demgegenüber dann doch in Form von Gruppen mit identischen Aufgabenstellungen eingesetzt worden. Es war daher nicht möglich, alle wünschenswerten Fragen in der erforderlichen Ausführlichkeit zu behandeln. Statt dessen wurden wenige gleichlautende Fragen von mehreren Gruppen nacheinander bearbeitet (Vorteile: geringere Vorbereitungskosten; reduziertes Ablaufrisiko; bessere Auswertungsmöglichkeit durch Vergleichbarkeit der Ergebnisse).

Die Fragestellungen, an denen sich die Arbeitsprogramme der Solinger Planungszellen ausgerichtet haben, lauteten:

- Welche Zielgruppen kommen für die Anlage in Frage?
- Welche Funktionen sollen von der Anlage wahrgenommen werden?
- Welche Einrichtungen sind dazu erforderlich?

3.2. Derartige Fragestellungen sind von Personengruppen bei begrenztem Zeitvorrat nur beantwortbar, wenn zum einen deutlich ist, von welchen inhaltlichen Vorgaben ausgegangen werden kann. Vorgegeben war den teilnehmenden Bürgern:

- Das Gelände Bärenloch in seinen auf einer Karte vermerkten Begrenzungen,
- die bei der Rekultivierung erzielte Profilierung der Fläche des Geländes und
- das in Teilen bereits erstellte Grundwegenetz (Während der Planungsarbeit wurden allerdings auf Anfrage "Wege" immer wieder auch als änderbar bezeichnet).

Bestimmte auf dem Gelände bereits begonnene Maßnahmen wurden - vermutlich auch wegen der Höhe der investierten Mittel (Findlinge DM 60.000; Einhegung eines künftigen Spielbereichs durch Metallzaun) - von den Teilnehmern als nicht mehr änderbar empfunden. Diese an sich sinnvollen "Vorgaben" sind nicht unkritisiert geblieben. Mehrfach ist in Gruppen die Frage laut geworden, warum gerade derartige Festlegungen ohne Rückfragen an den Bürger vorgenommen worden seien.

3.3. Zum anderen kann ein output-orientiertes Gruppengespräch nur dann an den aufgegebenen Fragestellungen arbeiten, wenn die Möglichkeit besteht, weiterreichende Fragestellungen auszugrenzen und unbearbeitet zu lassen.

Manche der vorgeordneten Fragestellungen sind in einer

kommunal beauftragten Gruppe schon deswegen nicht sinnvoll diskutierbar, weil sie überkommunal verortet sind. Derartige Probleme müssten in eigenen Planungszellen auf der betreffenden Verwaltungsebene thematisiert werden.

Ein derartiges Problem, das in den Gruppen immer wieder aufkam und von den Bürgern als wichtig empfunden wurde, soll hier genannt werden: das Problem "Friesenspieß". Ist allgemein (und speziell für den Solinger Raum) eine BAB 31 notwendig? Mindert die vorgesehene Trasse den Wert der Freizeitanlage? Liesse sich die Trasse verlegen? Die vielen Anschlußfragen, die sich hier andeuteten, konnten um der aufgegebenen Fragen willen nicht behandelt werden.

Es bleibt bemerkenswert, dass in allen Planungszellen die Themen-Ausgrenzung akzeptiert wurde. Das eingesetzte Verfahren erscheint damit geeignet, Möglichkeiten des ergebnisorientierten Gesprächs mit Bürgern an ausgrenzbaren Sachproblemen zu sichern.

4. Organisatorischer Ablauf:

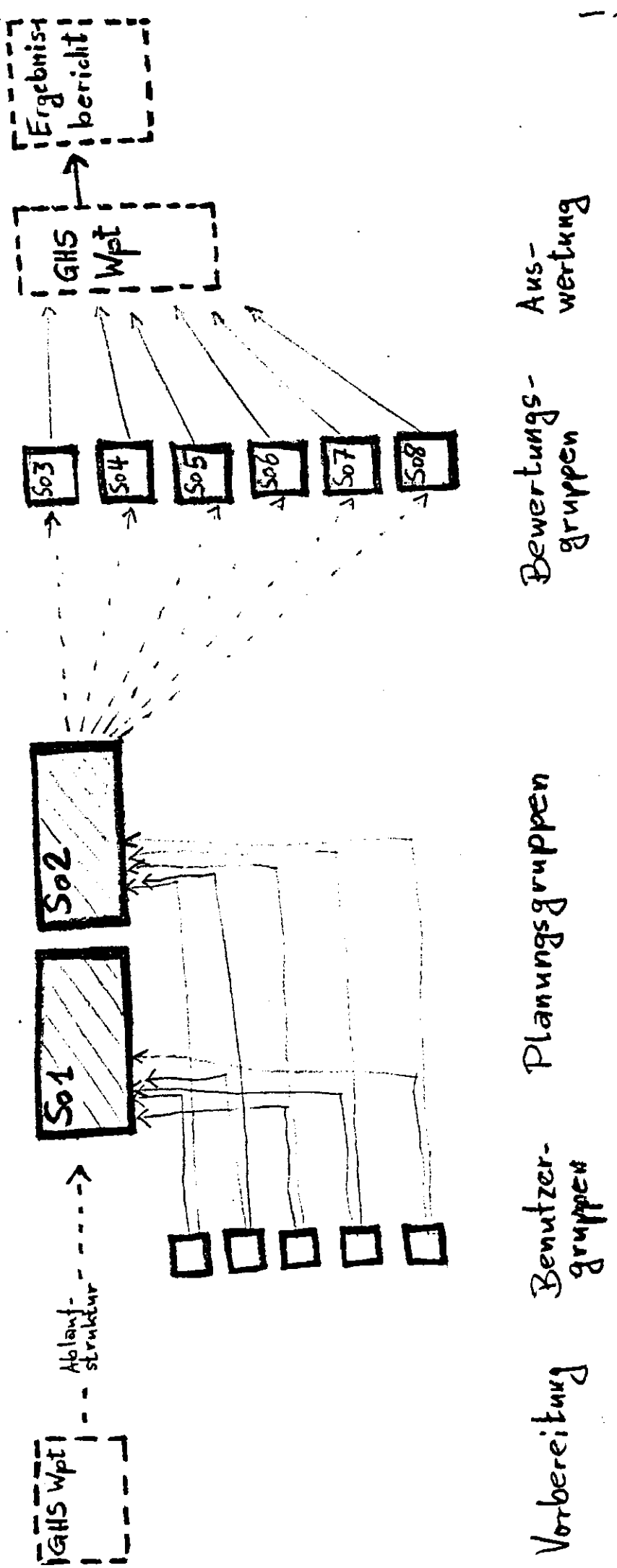
Die Mitwirkung der Bürger war als mehrstufiger Ablauf organisiert. Zunächst wurden Benutzergruppen durchgeführt. Erst dann fanden Gruppen statt, die nach dem Modell PLANUNGSZELLE organisiert waren, nämlich 2 Planungsgruppen und schliesslich 6 Bewertungsgruppen (s. Abb. 2).

1. Stufe: Benutzergruppen

Den eigentlichen Planungszellen waren fünf Benutzergruppen (User-Panels) vorausgegangen⁵⁾ In diesen Gruppen haben Bürger

⁵⁾ Derartige Gruppen sind in unterschiedlicher Form versuchsweise bereits anderenorts durchgeführt worden, z.B. von Sherry Arnstein in Cambridge/Mass. oder A. Buchanan im Londoner Stadtteil Southwark.

Ablaufplan



als Vertreter "nur schwer organisierbarer" oder "nicht hinreichend repräsentierter" Interessen versucht, die Fragen und Anregungen zu formulieren, die ihre Gruppe an das Planungsvorhaben Bärenloch richten wollte. Folgende Gruppen haben auf diese Weise gearbeitet:

- Mütter von Kleinkindern,
- Grundschüler,
- Hauptschüler,
- Behinderte und
- Jugendliche (15-17 Jahre)

Eine weitere Gruppe (Hundebesitzer) war nicht zustande gekommen.

Die Benutzergruppen haben in der Zeit vom Mai bis August 1978 in jeweils zwei Sitzungen getagt und so die speziellen Daten erarbeitet, die von ihren Vertretern den Planungszellen S0 1 und S0 2 in einem sogenannten 'Hearing' vorgelegt worden sind.

2. Stufe: Planungsgruppen:

Im Oktober 1978 haben unabhängig voneinander zwei je einwöchige Planungszellen S0 1 und S0 2 ein intensives Informationsprogramm absolviert und ihre Meinungen zur Planung der Freizeitanlage dokumentiert.

Die thematische Struktur ("Problemfracht") wie vor allem auch der genaue "Zeitplan" für die gemeinsame Tätigkeit war von Mitarbeitern der Bergischen Universität Wuppertal entwickelt und den Laienplanergruppen vorgegeben worden. Die hierfür programmierten Informationseingaben bestanden u. a. aus

- Begehung des Geländes
- Anhörung von Interessenten und Benutzervertretern (Hearing)

- Vorträge der Stadtverwaltung
- Besichtigungsfahrt zu Vergleichsanlagen
- Film über Vergleichsanlage.

Die Planungszellen tagten im allgemeinen als Plenum. Sie traten aber auch mehrfach an jedem Arbeitstag in sogenannte 'Arbeitsgruppen' (meist 5, manchmal 4 Personen stark) zur Erörterung oder Lösung bestimmter Probleme auseinander.

An den beiden Planungsgruppen SO 1 und SO 2 haben insgesamt 45 Bürger aller Altersschichten (18 bis 65 Jahre) teilgenommen. Sie waren im systematischen Zufall ausgewählt worden. Sie haben bemerkenswert engagiert und konzentriert mitgearbeitet.

3. Stufe: Bewertungsgruppen

Die Ergebnisse und Vorschläge der Planungsgruppen sind anschließend von bisher insgesamt 6 je zweitägigen Bewertungsgruppen SO 3 bis SO 8 bewertet und ergänzt worden.

Dabei setzten sich die Gruppen SO 3 bis SO 6 (Dez. 78) aus Solinger Bürgern zusammen, die Gruppen SO 7 und SO 8 (Feb. 79) waren in Wuppertal ausgewählt worden (Sudberg, Cronenberg, Kohlfurt). Es ist vorgesehen, dass zur Abrundung des Kontrastprogramms mit Nicht-Solingern noch zwei weitere Bewertungsgruppen SO 9 und SO 10 mit Einwohnern des Stadtteils Düsseldorf-Garath stattfinden werden.

In den sechs Bewertungsgruppen, die bisher gelaufen sind, haben insgesamt 105 Bürger-Gutachter mitgearbeitet.

5. Grundlagen der Aussagengewinnung

Beiträge, die für eine Beantwortung der genannten Fragestellungen von Belang sind, haben sich während der PLANUNGSZELLEN-Läufe in Solingen auf unterschiedliche Weise gewinnen lassen.

Umfangreiche relevante Eindrücke sind von den Mitarbeitern des Hochschul-Forschungsprojekts, z. B. den Tagungsleitern, Untersuchungsleitern oder Tagungsassistenten, gesammelt worden. Bereits anlässlich der Einladungsbesuche bei den im Zufall ermittelten Teilnehmern ist es zu eingehenden Gesprächen über Einzelaspekte einer Freizeitanlage Bärenloch gekommen. - Die Erfahrungen und Beobachtungen der Mitarbeiter sind bisher noch nicht systematisch ausgewertet worden. Entsprechende Daten sind insofern in diesen Bericht noch nicht eingegangen.

Sehr detaillierte, in ihrem Umfang gar nicht abzuschätzende Mengen von Informationen sind der Verwaltung der Stadt direkt zugeflossen, und zwar dadurch, dass Vertreter der Stadtverwaltung bei der Arbeit der Gruppen dauernd anwesend waren, die Plenumsdiskussionen und mitunter auch Arbeitsgruppen-gespräche miterlebt, sowie sachorientierte Pausengespräche mit Teilnehmern geführt haben. Die hier angefallenden Erfahrungen finden in diesem Zwischenbericht ebenfalls keine Berücksichtigung.

Angesichts der Intensität dieser Infokontakte ist es im Rückblick übrigens als Verlust zu werten, dass es

bei der Programmierung der verkürzten Bewertungsgruppen Solingen 3 - 8 nicht mehr möglich schien, allen betreffenden Ämtern Gelegenheit zur direkten Anwesenheit zu geben.

Die im vorliegenden Zwischenbericht zusammengestellten Ergebnisse gehen demgegenüber ausschliesslich von Grundlagen aus, die von den teilnehmenden Bürgern selber erstellt wurden oder die sich während des Ablaufs der Gruppen so dokumentiert haben, dass sie einer intersubjektiven Überprüfung zugänglich bleiben. Grundlagen der Aussagengewinnung sind damit u.a.:

- Bewertungsbogen

Der Laiengutachter hat im Laufe seiner Mitwirkung mehrfach Gelegenheit gehabt, seine Meinung zu bestimmten (offenen oder geschlossenen) Fragestellungen auf einem Bewertungsbogen (BB) zum Ausdruck zu bringen.

Dem Ablaufprogramm entsprechend haben die beiden Planungsgruppen je 22 derartige Bewertungsvorgänge absolviert. Die Teilnehmer der dann folgenden sechs Bewertungsgruppen haben je 15 Bewertungsbogen bearbeitet.

Die Bewertungsbogen haben in der Mehrzahl der Bewertungsvorgänge die mit anderen Teilnehmern noch nicht abgestimmte Meinung des einzelnen erfasst.

- Arbeitsgruppen-Ergebnisse

Mindestens einmal am Vormittag und einmal am Nachmittag teilten sich die PLANUNGSZELLEN in befristete Arbeitsgruppen (je nach Programm 30 - 70 Minuten Dauer) auf. Diese hatten vorgegebene Aufgaben zu bearbeiten, z.B. bestimmte Fragen zu erörtern, Wunschlisten auszufüllen oder Prioritäten festzulegen.

In den bisherigen 8 Solinger PLANUNGSZELLEN haben insgesamt 210 derartige Arbeitsgruppen auftrags-gemäss ihre speziellen Ergebnisse erarbeitet.

- Plenumsergebnisse

Aussagen, die für die Gestaltung der Freizeit-Anlage relevant waren, sind auch in den Plenums-sitzungen der Gruppen angefallen. So wurden z.B. in einzelnen Fällen Referate an der Wandtafel pro-tokolliert oder während der Diskussion Gesichtspunkte, Gegenargumente oder die Nennung von Einrichtungen an der Tafel gesammelt. - Die entsprechenden Schrift-sätze sind dokumentiert worden.

- Video-Aufnahmen

Um Gruppenprozesse und die Informationsvermittlung für Auswertungsgespräche festzuhalten, sind arbeits-begleitende Video-Aufnahmen gemacht worden. Auf diese Weise sind Äusserungen dokumentiert worden, die auch unter planerischen Gesichtspunkten interessant sind. - Die Auswertung gestaltet sich allerdings (es handelt sich um 26 Video-Bänder) schwierig.

- Plan-Entwürfe

Jeder Teilnehmer war mit einem Umriss-Plan der zur Verfügung stehenden Fläche versorgt worden, auf dem er seine Vorstellungen von der Gestaltung der Freizeit-anlage eintragen konnte. In den Gruppen Solingen 1 und 2 war hierzu zweimal Gelegenheit: bei der Anfertigung eines "Traumprojekts" am Ende des zweiten, sowie des Hauptentwurfs am Ende des letzten Arbeitstages.

Teilnehmer der sechs Gruppen So 3 - So 8 haben je nur einen, nämlich den Hauptentwurf vorgelegt.

Der Plan wurde, nachdem alle relevanten Informationen aufgenommen und - in einer Anzahl von Detailproblemen - die Resonanz der Mitbürger erlebt war, in 1 - 1 1/2 stündiger Einzelarbeit erstellt. Diese Arbeit bildete den Höhepunkt und Abschluss der Laienplanertätigkeit. Die Pläne belegen, dass der im Zufall ausgewählte Nichtplaner in der Lage ist, mit Plänen umzugehen und seine eigenen Vorstellungen schriftförmig zu fixieren.

Die ausgefüllten Pläne stellen die abschliessende, die eigenen Gesamterwägungen koordinierende Festlegung des einzelnen Laienplaners dar. Für die Gewinnung von Aussagen war daher dieser Unterlage ein entsprechender Stellenwert zuzumessen. Die wesentlichen der im Folgenden vorgetragenen Ergebnisse werden demzufolge diesen Planentwürfen entnommen.

Die Auswertung der 195 sehr unterschiedlichen Planentwürfe erwies sich als aufwendig. Zunächst wurde die Freizeitfläche in Zähl-Bezirke aufgeteilt. Für ihre Abgrenzung war u.a. das vorhandene Wegenetz bestimmend. Für jeden dieser 23 Bezirke wurde dann festgehalten, welche Vorschläge der einzelne Teilnehmer gemacht

hatte. Diese Angaben wurden für jede der PLANUNGSZELLEN zu einer Gruppen-Karte und schliesslich für alle Gruppen zu einer Gesamtkarte verdichtet.

Ausserdem wurden Karten - und zwar wieder für jede Gruppe wie auch für die Maßnahme insgesamt - erstellt, die die räumliche Verteilung der Vorschläge für je bestimmte Anlagen oder Einrichtungen verdeutlichen.

6.

6. Gewichtung der Aussagen

Die von den Planungszellen produzierten Daten, die hier zu einem 'Bürger-Gutachten' zusammengefaßt vorgelegt werden, sollten vorab in ihrer Qualität gekennzeichnet werden. Für die Auswertung sind Bürgeraussagen eingesammelt worden, für deren richtige Einordnung folgende Aspekte von Belang sind:

- Sorgfalt des Bewertungsvorgangs

Die Bewertungen, zu denen die ausgewählten Bürger aufgerufen wurden, sind von diesen mit bemerkenswerter Genauigkeit und Sorgfalt vorgenommen worden. Das hohe Engagement (Stadtplaner:"Oberengagement") der Bürger resultiert nicht zuletzt aus der spontanen Identifikation mit der Planerrolle.

- Informiertheit der Aussagen

Im Unterschied zur gängigen "Meinungsbefragung", bei der mitunter lediglich nichtinformierte Klischeevorstellungen eingesammelt und der Auswertung zugrunde gelegt werden, läßt sich für Äußerungen in der Laienplanergruppe ein bestimmter Grad der Informiertheit bei allen Mitarbeitenden sicherstellen. Die hier gefragten Bürger-Gutachter hatten von dem, was sie bewerteten, deutliche Vorstellungen.

- Rationalität der Aussagen

Der Meinungsbildungsvorgang beim einzelnen Teilnehmer war einerseits von dem Bewußtsein geprägt, man plane im öffentlichen Interesse, andererseits von dem Miterleben von Gesprächssituationen. Die Prüfung der jeweils relevanten Fakten erfolgte hier sozusagen "unter Argumentationszwang" - im Stile konfrontierenden Denkens.

Auf diese Weise kam es selbst da, wo emotionale Irritation nahelag (und auch geäußert wurde), beim Bewertungsvorgang selber oft zu sehr nüchterner

So zeigte sich beispielsweise trotz einer deutlichen Verärgerung (die Plazierung der 'Steine' auf dem Freizeitgelände stellte sich den Teilnehmern als eigenmächtiger Vorgriff seitens "der Verwaltung" dar) bei dem eigentlichen Bewertungsvorgang eine sehr abgewogene Beurteilung der Situation: In den Gruppen SO 3 bis SO 8, die sich zu dieser Frage formal geäußert haben, waren 88,4 % der Teilnehmer dafür, diesen 'Planungsvorgriff' - so wie die Dinge lagen - zu akzeptieren. Nur 11,6 % plädierten für Verteilung auf andere Plätze oder Veräußerung der Steine.

- Sozialumfang der Aussagen

Die Aussagen sind von Personengruppen getätigt, deren exceptionellstes Kennzeichen ihre hohe soziale Heterogenität ist: Rentner, Studenten, Hausfrauen, Zahnärzte und Verkäuferinnen arbeiten zusammen. Damit geht jeweils eine Vielzahl unterschiedlicher Wertungen in die eingesammelten Einzelbeurteilungen oder auch Gruppenmeinungen ein.

- Werteladung der Aussagen

Bei den Planungszellen können idealtypisch zwei Arten von Meinungskundgaben unterschieden werden:

- Aussagen, die der einzelne Bürgergutachter macht, ohne sich mit andern Teilnehmern in der Sache abgestimmt zu haben,
- Aussagen, die sich aus Gruppenprozessen ergeben.

Aussagen der ersten Art spiegeln stärker die ungebrochenen Erwartungen der spezifischen Herkunftsgruppe des Laienplaners wieder.

Aussagen der zweiten Art sind das Ergebnis eines Abwägungsvorganges, in dem die Mehrheit der Teilnehmer in ihrer Gutachterrolle das für sie erkennbare Gesamtinteresse wahrzunehmen bestrebt ist.

Bei den im folgenden aufgeführten Ergebnissen ist jeweils sichtbar gemacht, ob sie aus solchen Gruppenprozessen erwachsen sind.

- Teilnehmer - Vorbehalte

Bei einigen Bewertungsaufgaben waren die formal festgelegten Fragestellungen nicht ausreichend geeignet, Bedenken und sachliche Vorbehalte der Teilnehmer wirklich einzufangen.

Im übrigen wird der oft zitierte latente Bürgerunmut in den dokumentierten Aussagen - möglicher Grund: unmittelbare Zusammenarbeit mit Personen des öffentl. Dienstes - nur selten sichtbar.

- Grösse der Bezugsgruppen

Die vorgelegten Ergebnisse beziehen sich auf Daten, die entweder in den beiden Gruppen S0 1 und S0 2 oder in den sechs Gruppen S0 3 - S0 8 oder durchgehend in allen acht Gruppen gewonnen worden sind.

Im ersten Fall handelt es sich um Aussagen von 45 Personen, im zweiten von 105 Personen und im dritten von 150 Personen. Der unterschiedliche Umfang der Ausgangsdaten muss beim Abschätzen der Verlässlichkeit der Ergebnisse berücksichtigt werden.

- Partikuläre Aussagen:

Es konnte nicht Aufgabe der Solinger Planungszellen sein, den kompletten Plan einer Freizeitanlage zu erstellen. Es war bei diesem Vorhaben nicht einmal möglich, in den Planungszellen alle diejenigen Probleme aufzugreifen, die geeignet erscheinen, in solchen Gruppen in sinnvoller Weise bearbeitet zu werden. Die Ergebnisse, die im folgenden vorgelegt werden, sind vielmehr bruchstückhaft und daher ergänzungsbedürftig.

7. Ergebnisse

7.1. Die Notwendigkeit der Anlage

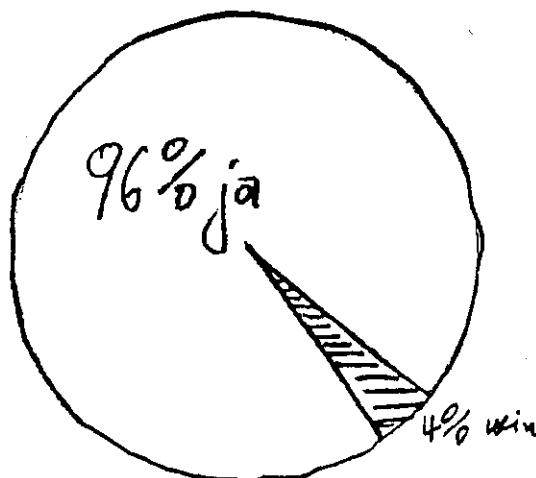
Im Rahmen der Planungen der Stadt Solingen steht die Frage, ob eine Freizeitanlage am BÄRENLOCH notwendig sei, nicht mehr zur Debatte. Die Planungen sind seit Jahren im Gange; die Gesamtanlage wird durch das Land NRW gefördert.

Für die Instanzen, die die Planung zu verantworten haben, ist es dennoch nicht uninteressant, die Ansichten von Bürgern zu dieser Frage zur Kenntnis zu nehmen.

Wäre die Frage nach der Notwendigkeit der Anlage den im Zufall ausgewählten Bürgern zu Beginn der gemeinsamen Arbeit vorgelegt worden, so hätte eine entschiedene Verneinung möglicherweise die Ernsthaftigkeit des weiteren Mitplanens in Frage gestellt. Das Problem ist daher in den Gruppen jeweils erst am Schluss der Mitarbeit erörtert worden.

Die Anlage halten für notwendig:^{*)}

Abb. 3



*) Die Ausgangsdaten sind den Bewahrungsvorgängen 501+2, BB 91 und 503-8, BB 73 entnommen. (n = 148).

Das Ergebnis der Überlegungen war eindeutig (s. Abb. 3). Die Mehrheit der Bürger hält die Anlage BÄRENLOCH für erforderlich.

Die zustimmende Antwort ist nur bedingt über die Teilnehmer der PLANUNGSZELLEN hinaus verallgemeinbar: Da die Frage erst am Ende der Gruppenzusammenkünfte erörtert wurde, reflektierte sie u.a. auch die Intensität der Identifikation mit der geplanten Anlage, wie sie sich beim Planungsprozess bei dem Tätigen einstellt.

7.2. Zielgruppen:

7.2.1. Die für die Anlage Bärenloch infragekommenden Zielgruppen scheinen mit dem Einwohner-Einzugsbereich der Anlage festzuliegen: 28.000 Personen wohnen, bei einem Radius von 1 km, in der Nähe des Bärenlochs. Bei einem Radius von 1,5 km sind es 42.000, deren Wohnlage, Familienstand, Alter und Geschlecht im Prinzip bekannt sind.

Faktisch ist mit einer solchen Feststellung aber noch längst nicht die Frage beantwortet, für welche Zielgruppen diese Anlage in welchem Umfang ausgelegt werden soll.

Es erschien daher sinnvoll, die Frage an die Bürger weiterzureichen, mit welchen Benutzern die Anlage als solche zu rechnen hat und für welche Zielgruppen ein besonderes Angebot gemacht werden sollte.

7.2.2. Werden Aussagen über mögliche Zielgruppen in PLANUNGSZELLEN erhoben, so ist zunächst-wie immer-mit einer ungleichen Verteilung von Informiertheit über solche Gruppen zu rechnen:

- Die kommenden Benutzer der Freizeitanlage sind nicht alle in gleicher Weise artikulationsfähig, bzw. in Zufallsgruppen präsent. Einige von ihnen bedürfen daher - sollen ihre Wünsche einbezogen werden - der speziellen Berücksichtigung.
- Die Laienplaner haben auch selber das Gefühl, daß sie über die möglichen Zielgruppen in unterschiedlichem Maße vorinformiert sind.

Im allgemeinen haben die Laienplaner über die kommenden Benutzer ausreichend konkrete Vorstellungen. Prüft man diese Vorstellungen im einzelnen differenziert ab, so zeigt sich, daß der einzelne Laienplaner (und damit auch die Gruppen) über bestimmte Zielgruppen besser informiert sind als über andere. Über die Erwartungen der Jugendlichen oder der Mütter kleiner Kinder waren über die Hälfte der Teil-

nehmer ihrer Meinung nach schon vor Beginn der PLANUNGSZELLE ausreichend informiert (s. Tab.1). Über die Erwartungen von Schülern oder von Behinderten wurde man aber erst in der PLANUNGSZELLE selber ausreichend mit Informationen versorgt.

-Tabelle 1-

Informiertheit der Laienplaner über Benutzergruppen

<u>Informationsstand:</u>	<u>Jugendliche</u>	<u>Behinderte</u>	<u>Grundscheiter</u>	<u>Hauptscheiter</u>	<u>Mütter von Kleinkindern</u>
Ich war schon vorher informiert	56	11	31	24	51
Jetzt bin ich ausreichend informiert	35	76	69	67	47
Ich würde gerne noch mehr erfahren	7	13	-	7	-
k. A.	2	-	-	2	2

Die %-Werte errechnen sich aus den Angaben auf den BB 60-64 der Gruppen So1 und So2 (n=45)

Der unterschiedlichen Verteilung von Vorinformiertheit versuchte das Ablaufprogramm der Planungs- und Bewertungsgruppen durch bestimmte Informationsvorgaben gezielt Rechnung zu tragen.

- o Den Sommer über erarbeiteten Benutzergruppen (vgl. Kap.4.1.) Daten über bestimmte Zielgruppen. Die Ergebnisse wurden den Laienplanern in 'Hearings' vermittelt.
- o Darüberhinaus wurden in den PLANUNGSZELLEN Informationen über 2 Zielgruppen ausführlicher erörtert. (Behinderte, Ausländer)

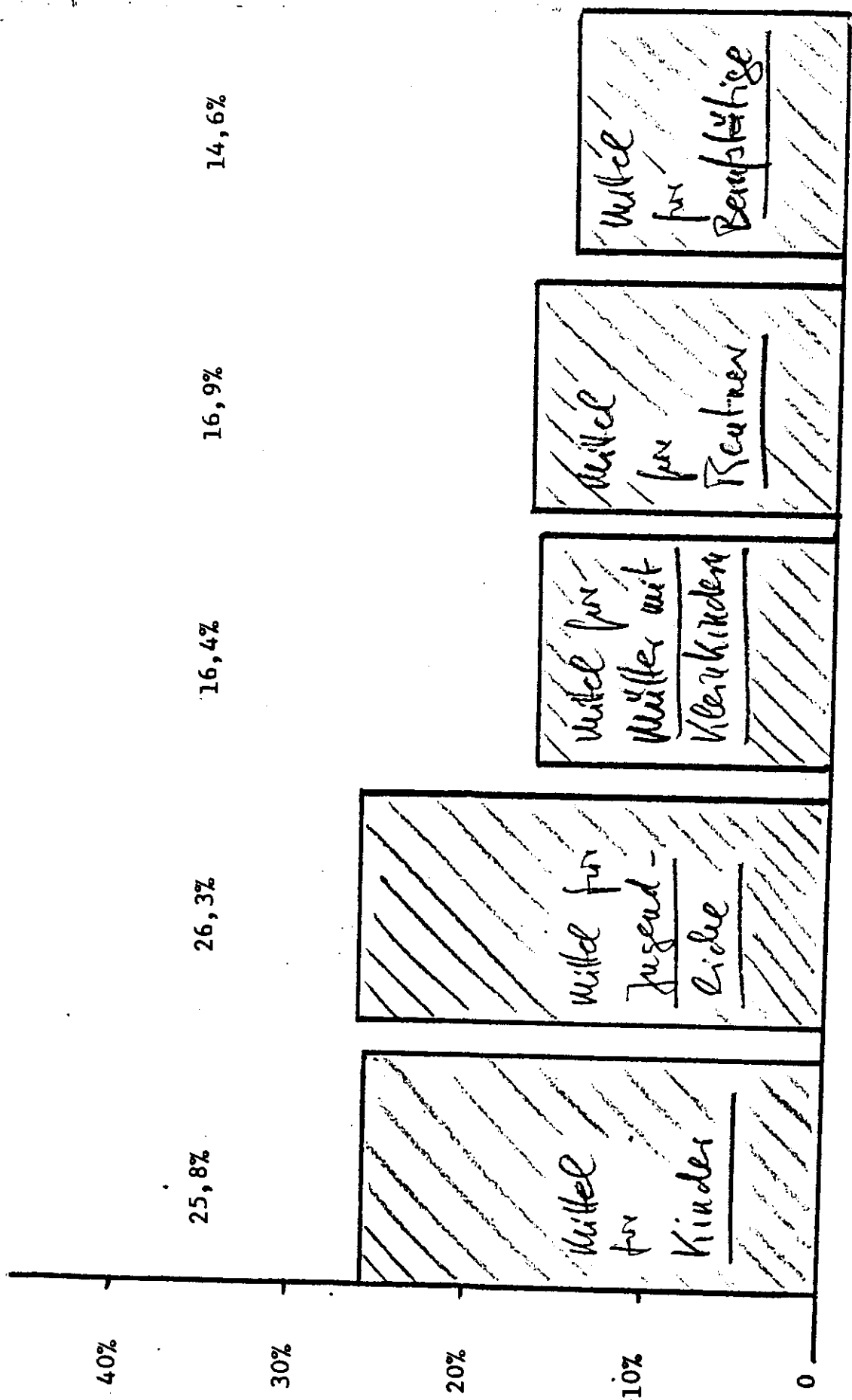
7.2.3. Die beherrschende Erwartung der Laienplaner ist es, daß alle Bevölkerungskreise eine Freizeitmöglichkeit in der Anlage finden sollen.

Für die Diskussion über bestimmte Zielgruppen (Behinderte, Ausländer) war das Bemühen kennzeichnend, gerade auch extrem Benachteiligten eine faire Benutzerchance zu eröffnen. Die hierzu protokollierten Äußerungen konnten bisher noch nicht ausgewertet werden.

Trotz des Willens, es allen Zielgruppen recht zu machen, stehen, wenn man genauer nachfragt, bestimmte Gruppen mehr im Vordergrund; andere treten dagegen eher zurück. Das zeigt sich z.B. bei den Reaktionen auf die Frage, für welche Gruppen die vorhandenen finanziellen Mittel eingesetzt werden sollten. (s. Abb. 4): Hier stehen (von den vorgegebenen Antwortgruppen) die Kinder und die Jugendlichen deutlich im Vordergrund. Möglicherweise spiegeln sich in einer solchen Akzentsetzung auch die speziellen Bedürfnisse des benachbarten Wohnbereiches 'Hasseldelle' wieder.

Das Ergebnis wirkt um so überzeugender, als eine Analyse der Punktvergabe in den einzelnen Planungszellen ergibt (s. Abb. 5), dass die genannte Tendenz in allen acht Planungszellen in gleicher Weise beobachtet werden kann.

Unterschiedliche Berücksichtigung von Benutzergruppen
der Tages- ~~und~~ Erholungsanlage Bärenloch (erhoben als
Vergabe der vorhandenen Finanzmittel)



Die % Angaben beziehen sich auf die von 150 Laienplanern vergebenen 1785 Punkte.

Finanzmittelvergabe in den
einzelnen Planungszellen
für Benutzergruppen:

% der Teiln. / Nr. der PZ

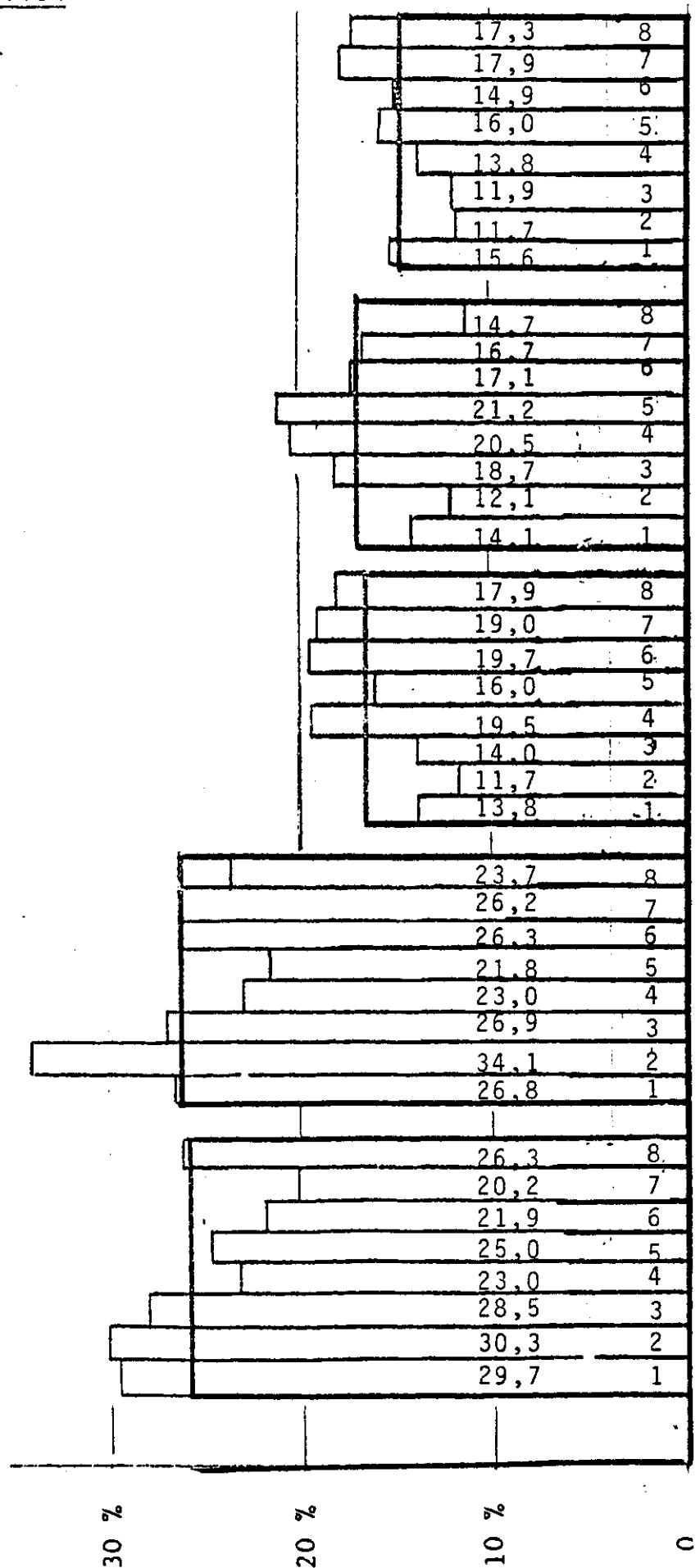
Berufstätige

Rentner

Mütter mit
Kleinkinder

Jugendliche

Kinder



Die für die einzelnen Planungszellen genannten % Angaben beziehen sich auf in der einzelnen PZ insgesamt vergebenen Punkte.

7.3. Funktionen

Die Frage, welchen Zwecken die vorgegebene Fläche in Zukunft dienen soll, scheint mit der Bezeichnung "Tageserholungsanlage" beantwortet zu sein. Dem ist nicht so. Die Frage nach den Funktionen der Anlage bedarf der differenzierten Abklärung.

7.3.1. Erste Einsichten hierzu liessen sich aus Listen von Zwecken gewinnen, für die das Bärenloch - nach Meinung der Laiengutachter - n i c h t genutzt werden sollte.

Diese Listen wurden in den Gruppen So 1 und So 2 angefertigt, nachdem man sich dort relativ eingehend über das Freizeitangebot informiert hatte, das mit den in der Nähe bestehenden oder geplanten Sport- oder Grünanlagen bereits gemacht wird. Neben manchen Einzelnennungen (z.B. "kein Übernachtungsort für Penner" oder "keine Kuranlagen") gibt es Nennungen, die dabei häufiger auftauchen (vgl. Liste).

Nicht eingeplant werden sollten u.a.:

Vereinssport

Mopedfahrer

Hunde

Radfahrer

Fußballstation

Schwimmbad

Reiten

Wettkampfsport

(Rangfolge nach Anzahl der Nennungen)

In der gleichen Sitzung wurde danach gefragt, für welche Zwecke die Anlage genutzt werden sollte. Eine Auswertung der Antworten ist wegen der sehr unterschiedlichen nuancenreichen Begrifflichkeit nicht ganz frei von Willkür. Es werden aber doch bestimmte Schwerpunkte sichtbar. Folgende vier Funktionsbereiche stehen an der Spitze:

- Kinderspielbereich
- Natur und Erholung
- Sport- und Aktivzone
- Freizeithaus

7.3.2 Deutlichere Erkenntnisse über die Funktionen, die die Erholungsanlage erfüllen soll, ergaben sich aus der Analyse der Plan-Entwürfe. Dort hatten die Bürger insgesamt

3178 Einrichtungen

eingetragen. Um es der planenden Verwaltung zu erleichtern, beim Ausbau des Bärenlochs von bestimmten Funktionen ausgehen zu können, erschien es wünschenswert, diese Nennungen auf die ihnen entsprechenden Funktionsbereiche zu verdichten. Es wurde daher versucht, jede der Nennungen einem von zwei Funktionsbereichen zuzuteilen, nämlich

- Aktivitätsmöglichkeiten oder
- Ruhemöglichkeiten.

Eine Auszählung dieser Zuordnung ergibt, dass nach Meinung der Laiengutachter die Aktivitätsmöglichkeiten im Vordergrund stehen sollten. Es wurden zweimal so viele Aktivitäten eingetragen als Ruhemöglichkeiten (s. Tab. 2).

- T a b e l l e 2 -

<u>Anzahl der Eintragungen</u>	
Aktivität	2004
Ruhe	1053
Grillplatz	121
(nicht eindeutig zuzuordnen)	

Auch wenn man in Rechnung stellt, dass im Kopf des Bürgers vermutlich mehr Symbole für Aktionsmöglichkeiten vorhanden sind, die abgerufen und in eine Karte eingetragen werden können, als Symbole für "Ruhe" (z.B. Bäume, Bänke, Objekte zum Anschauen wie Tiere oder Kunstwerke) und dass die Nennung von "Ruhe" dadurch beeinträchtigt worden ist, so wird man doch einräumen müssen, dass im Verhältnis der Nennungen insgesamt ein deutliches Votum dafür zum Ausdruck kommt, das Bärenloch vor allem mit Betätigungsmöglichkeiten auszurüsten.

7.3.3. Da die Nennungen von Einrichtungen durch die Bürger auf Plänen dokumentiert worden waren, konnte bei der Auswertung versucht werden, die genannten Funktionsbereiche auf Flächen zu verteilen.

Dazu war es notwendig, die Zuordnung der Nennungen zu den beiden Funktionskategorien auf den Bezirks-Raster zu übertragen. Anschliessend liess sich für jeden der 23 Zählbezirke das Verhältnis der Ruhe- zu den Aktivitätsnennungen ermitteln.¹⁾ Dieses Verhältnis fiel in den

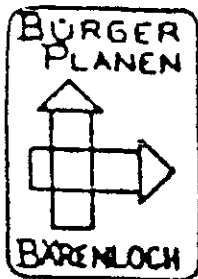
1) Zur Methodik der Auswertung vgl.: H.Henning, Bericht zur Auswertung von Ruhe/Aktivität (Arbeitspapier Feb. 1979)

einzelnen Bezirken unterschiedlich aus. Von daher war es möglich, die einzelnen Bezirke in 3 Bereichskategorien, nämlich

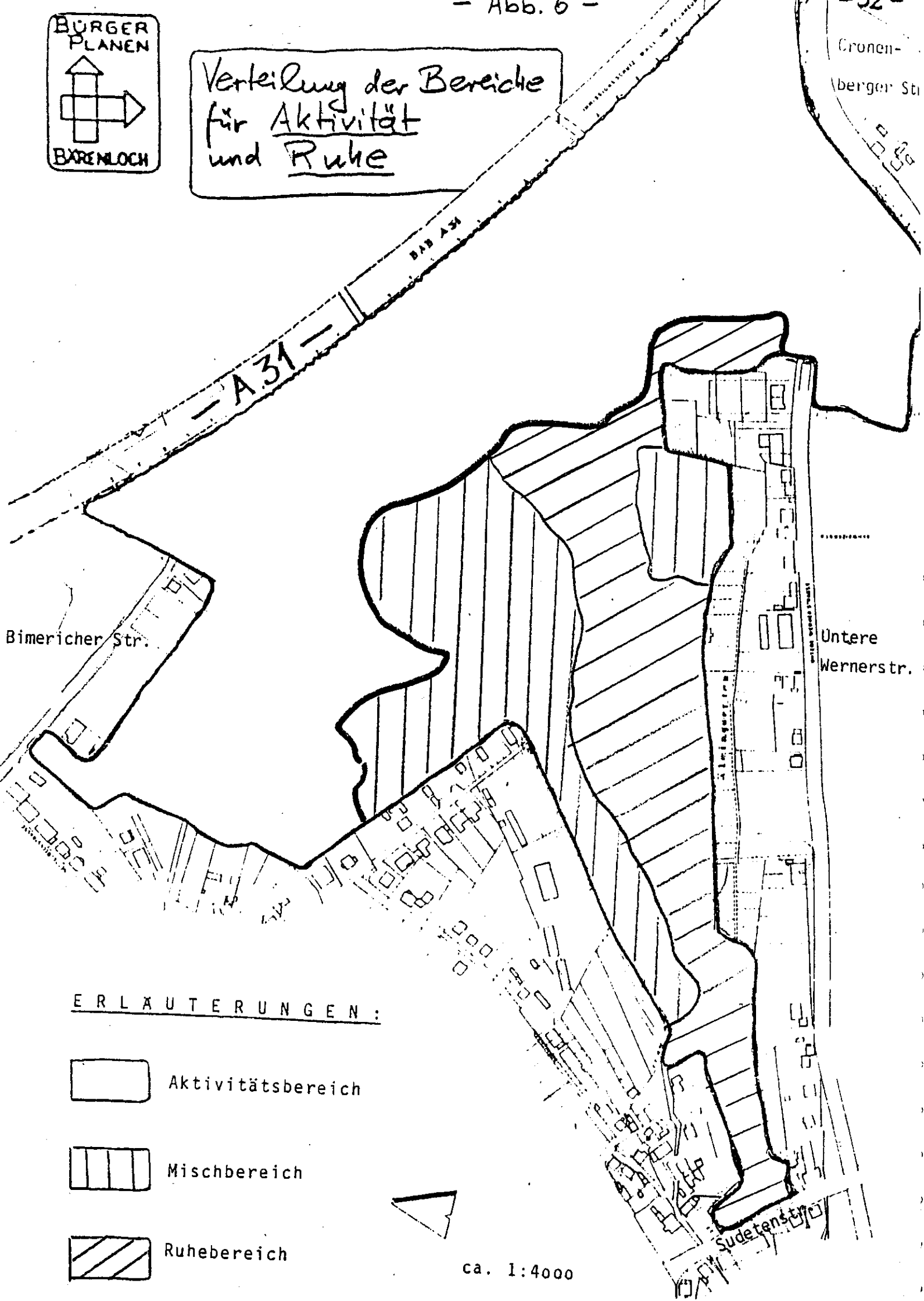
- Aktivbereiche,
- Mischbereiche und
- Ruhebereiche,

zusammenzufassen. Für den "Ruhebereich" waren relativ wenig Aktivitätsmöglichkeiten vorgeschlagen worden (Aktivität/Ruhe = 1 : 3,8). Im "Mischbereich" war das Verhältnis ausgeglichen. Für den "Aktivitätsbereich" wurden sechsmal so viele Aktions- als Ruhemöglichkeiten genannt (1435 : 228).

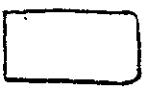
Der Ruhebereich zieht sich, wie der Blick auf die Karte zeigt (s. Abb. 6), vom Eingang Sudetenstrasse her, später flankiert durch Mischbereiche, in das Gelände Bärenloch hinein. Die Aktivitätszone ist - grob gesprochen - von dem Bereich Bimericher Strasse bis zur Cronenberger Strasse an den geplanten Verlauf der Autobahn angelehnt.



Verteilung der Bereiche
für Aktivität
und Ruhe



ERLÄUTERUNGEN :



Aktivitätsbereich



Mischbereich



Ruhebereich



ca. 1:4000

7.4. Zeitperspektive

Wer plant, kann sehr langfristigen Bedarf im Auge haben. Man kann aber auch kurzfristig auf einen als aktuell empfundenen Bedarf reagieren wollen.

Für die Ausgestaltung des Bärenlochs ist es möglicherweise nicht unwichtig zu erfahren, welche Zeitvorstellungen planende Bürger für diese Anlage entwickeln.

In den Laienplanergruppen SO 1 und SO 2 hat man versucht, die Zeitperspektive einer Freizeitanlage zu diskutieren, die heute errichtet werden soll. Dabei wurde zunächst im Rückblick ("Wie sah 1820 Freizeit bei Schlieper Schmitz aus?") und im Versuch des Vor-ausblickens ausführlich über Änderungen von Freizeitverhalten im Zeitablauf nachgedacht. Die anschliessend gestellte Frage, für welchen Zeitraum die Anlage Bärenloch jetzt geplant werden sollte, ergab, dass die Mehrheit der Teilnehmer (über 70 %) an einen Zeit-

horizont
von 15 - 30 Jahren

denken.

7.5.
Die Einbindung der Anlage

Für eine Planung der Ausrüstung und Einrichtung der Erholungsanlage ist von Belang, wie und für wen sie erreichbar sein wird.

Es sind drei Teilprobleme, an denen die Einbindung der Anlage Bärenloch in ihre Umgebung hier erörtert werden kann: die Frage nach dem Standort des Hauses, die nach den Parkmöglichkeiten und die Frage der Zugänglichkeit der Anlage.

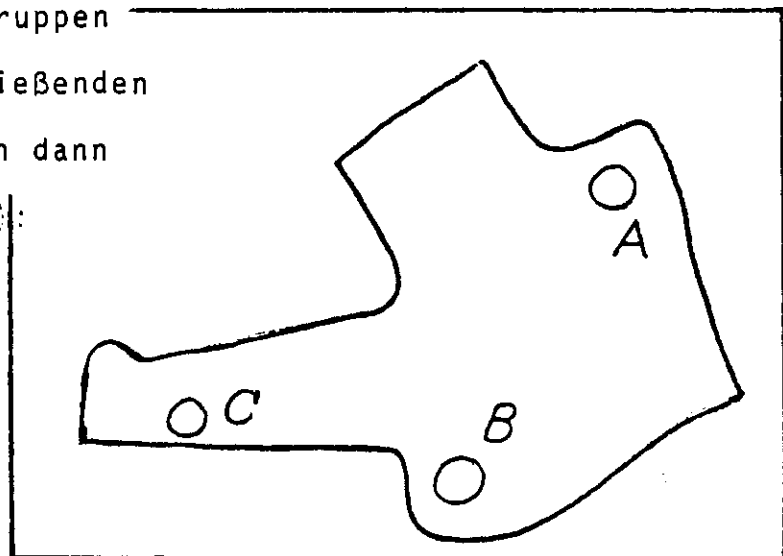
7.5.1.
Hausstandort

Vertreter des Gartenamtes hatten sowohl in Arbeitssitzungen wie auch anlässlich der Geländebegehung die Anfragen der Teilnehmer nach möglichen Standorten für ein Freizeit- haus mit dem Hinweis auf drei denkbare Plätze beantwortet (s. Abb.7).

- Abb.7 -

Die Diskussionen in den Gruppen
So 1 und 2 und die anschließenden
Bewertungsprozesse ergaben dann
folgendes Meinungsbild:(%):

Standort A	70 %
B	10 %
C	20 %



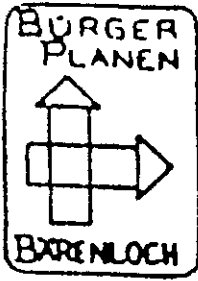
Damit hatte sich die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer

für den Standort A ausgesprochen. Dieses relativ eindeutige Votum ist dann nicht weiter problematisiert, sondern in dieser Form von den Gruppen So 3 - 8 akzeptiert und ihrer eigenen Arbeit zugrundegelegt worden. Mit dieser Entscheidung wurden andere weiterreichende Fragen bearbeitbar, so z.B. die Frage nach der Zahl und Plazierung der Eingänge für die Anlage oder die nach den Zufahrtsmöglichkeiten (Anbindung an den Individual- und den öffentlichen Nahverkehr). Diese Fragen sind in den PZ's zwar erörtert aber nicht in jedem Fall abschließend abgewogen worden. Die hierzu protokollierten Einzelaussagen konnten noch nicht ausgewertet werden.

7.5.2. Parkmöglichkeiten

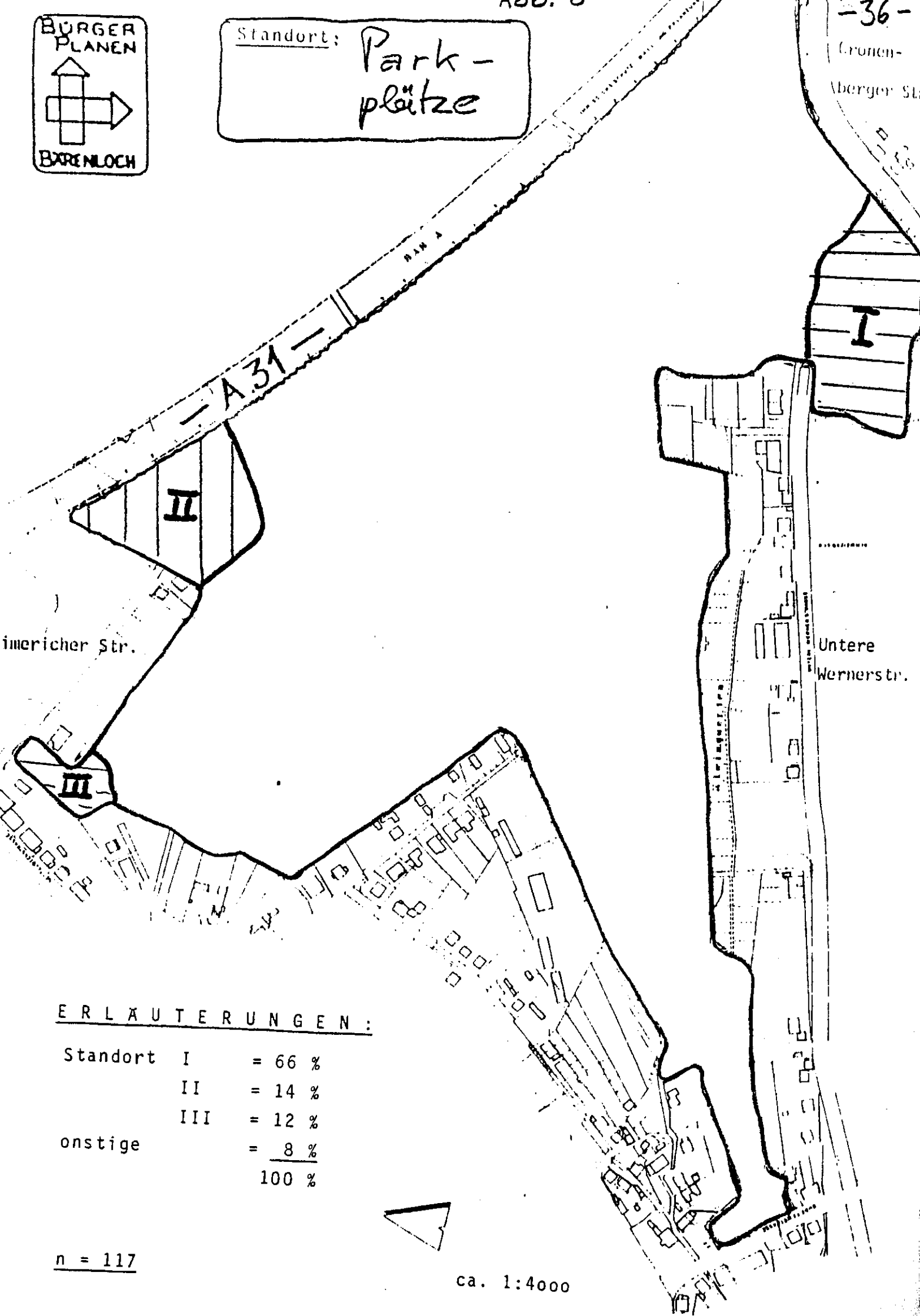
Auf ihren Planentwürfen haben 78 % der Laienplaner unter anderem auch zur Frage der Parkmöglichkeiten Stellung genommen. Aus diesen Notizen lassen sich Angaben über die gewünschte Plazierung und Dimensionierung von Parkplätzen ableiten (s. Abb. 8).

Aus der Karte ergeben sich einige interessante Rückschlüsse. So ist z.B. von den meisten Bürgern die Anlage von Parkplätzen eher mit den heute bestehenden Zufahrtsmöglichkeiten als mit dem gewünschten Standort des Freizeithauses in Verbindung gebracht worden. Rund 60 % derer, die Parkplätze erwähnten, legen sie in den Bereich, den wir hier 'Alternative I' nennen.



Standort: Park-
plätze

-36-
Cronen-
berger Str.



ERLÄUTERUNGEN :

Standort	I	= 66 %
	II	= 14 %
	III	= 12 %
sonstige		= 8 %
		100 %

n = 117



ca. 1:4000

7.5.3 Zugänglichkeit der Anlage

In mehreren Laienplanergruppen haben kürzere oder längere Diskussionen darüber stattgefunden, ob die Anlage voll umzäunt und bei Dunkelheit abgeschlossen werden sollte oder nicht. Dabei sind von Teilnehmern auch vermittelnde Positionen vertreten worden, z.B. die Anlage zunächst probeweise offen zu halten. Die überwiegende Zahl der Bürger plädierte aber jeweils deutlich g e g e n die Abschließung der Anlage.

In einer der Gruppen hat zu diesem Punkt eine formale Abstimmung stattgefunden. Nur 18 % der Teilnehmer (n=22) waren hier für das vorgeschlagene Abschließen.

7.6. Einrichtungen

Die Frage, welche Einrichtungen im einzelnen auf einer Freizeitanlage errichtet werden sollen, steht aller Erfahrung nach für den Architekten und Planer einer solchen Anlage im Vordergrund. Aussagen, die hierzu von Planern gemacht werden, sind in der Regel mit einer spürbaren Unsicherheit belastet. So bildete denn auch der Versuch einer Vergewisserung in dieser Sache den Ausgangspunkt für den Arbeitskontakt der Stadt Solingen mit der Gesamthochschule Wuppertal.

Das Verfahren PLANUNGSZELLE führt über dieses Dilemma hinaus. Hier wird der Bürger selbst in die Lage versetzt, zur Frage der Einrichtungen informierte Antworten zu fixieren.

7.6.1 Nennung von Einrichtungen

Um dem Bürgergutachte-n zusätzliche Vergleichsmöglichkeiten zu erschliessen, ist die Fixierung der bürgerschaftlichen Antworten auf diese Frage mehrfach und in unterschiedlicher Form erhoben worden. Die Nennung von gewünschten Einrichtungen ist u. a. dokumentiert als Einzelmeinung (auf Bewertungsbogen), als Tafelliste aus Plenumssitzungen, als Diskussionsergebnis aus Arbeitsgruppen und als abschliessender Plan-Entwurf.

Die Erörterungen des vorliegenden Berichtes beziehen sich lediglich auf drei von den Unterlagen, die auf diese Weise zu diesem Punkt zustande gekommen sind, nämlich:

- die 'Wunschliste' der Gruppen SO 1 und SO 2,
- die Plan-Entwürfe,
- sowie einen Bewertungsbogen zur Frage der zusätzlichen Attraktion, die der Freizeitanlage zukommen könnte.

Gerade hier erscheint es möglich, dass der in Arbeit befindliche abschliessende Bericht - u.a. auch von weiteren Unterlagen aus - weiterführende und im einzelnen vertiefende Ergebnisse zu erbringen in der Lage sein wird.

7.6.2 Auswertung der Wunschlisten

Die Teilnehmer der Planungsgruppen SO 1 und SO 2 hatten am zweiten Arbeitstag, also noch vor der eingehenden Darstellung der Verwaltungsmeinung, Gelegenheit, ihre eigene Ansicht über die erforderlichen Einrichtungen einzugeben. ("In der Tageserholungsanlage BÄRENLOCH sollten nach meinen ersten Eindrücken u.a. folgende Freizeitbeschäftigungen ermöglicht werden:").

Die in die vorgelegten "Wunschlisten" eingetragenen 470 Nennungen geben weithin die noch nicht mit andern Teilnehmern abgestimmten Erwartungen des einzelnen Bürgerplaners wieder. Die Nennungen sind sehr vielfältig und betreffen unterschiedliche Bereiche (s. Kasten).

<u>Freizeit-Einrichtungen</u> <u>auf den Wunschlisten</u>	
<u>Bereich:</u>	<u>Anzahl der Nennungen:</u>
Ruhe- u. Erholungszone (einschl. Karten- und Brettspiele)	137
Kinderspielplätze und -geräte	120
Ballspielmöglichkeiten	101
Haus/Kiosk	51
Sport und Trimm	37
Kulturelle Darbietungen	23

Einzelne Nennungen sollen hier beispielhaft aufgeführt werden. Unter anderem wurden folgende Einrichtungen vorgeschlagen:

- Grünfläche mit grossen Bäumen
- Wege mit gutem Belag zum Spaziergehen
- Ruhebänke mit Tischen im Schatten und in der Sonne
- Wasserspiele
- Unterstell-Pilze aus Ried (mehrere)
- Tiergehege
- viel Baumbestand
- Spazierweg für Senioren
- Abenteuer-Holzspielplatz
- Plastik Bausteine
- Spielnischen
- Superlange Rutschbahn
- Rollschuhfläche
- Bauspielplatz mit pädagogischer Betreuung
- Tennisplatz
- Minigolf
- Spielwiese
- Federball
- Tischtennisplatten
- Cafeteria
- Haus
- Liegestühle
- Trimpfad
- Turngerät
- Freilichtbühne
- Musikpavillon

Versucht man, die genannten Einrichtungen auf die ihnen entsprechenden Benutzergruppen aufzuteilen, so wird wieder der bereits bekannte leichte Akzent sichtbar, der auf die Benutzergruppen der Kinder und Jugendlichen fällt. Im übrigen verläuft die Verteilung auf die Benutzergruppen in beiden Planungsgruppen in auffallend ähnlicher Weise.

7.6.3. Gewichtung der Nennungen

Für den Entwurf der Tageserholungsanlage BÄRENLOCH stellt es eine sinnvolle Anregung dar, die Vielzahl von Nennungen zur Kenntnis zu nehmen. Nicht alle Einrichtungen aber werden von den Bürgern mit dem gleichen Nachdruck für erforderlich gehalten. Lassen sich Schwerpunkte ausmachen?

Der unterschiedliche Nachdruck, mit dem die Bürger einzelne Einrichtungen in Vorschlag bringen, lässt sich am verlässlichsten anhand der Nennungen auf den Plan-Entwürfen überprüfen.

Manche Einrichtungen finden sich auf den Planentwürfen von so gut wie allen Teilnehmern eingezeichnet. Das trifft z.B. auf das Freizeithaus zu. 93 % der Pläne führen es auf.

Die Frage, ob überhaupt ein 'Freizeithaus' auf dem Gelände stehen soll, ist nie ausdrücklich diskutiert worden. Sowohl den Äusserungen der Bürger wie auch denen der Verwaltungsangehörigen oder der Gruppenvertreter, die in Hearings zu Wort kamen, war aber des öfteren zu entnehmen, dass man von der Annahme ausging, dass die Erholungsanlage ein solches Haus einschliessen müsse. Der Plan-Entwurf, den der einzelne Teilnehmer anzufertigen hatte, bot eine nicht zu übersehende Gelegenheit, zu dieser Frage positiv oder negativ Stellung zu nehmen. Letztere Möglichkeit ist von nur 7 % der Teilnehmer durch bewusstes Weglassen oder durch Vergessen des Hauses genutzt worden. Viele Pläne enthalten dagegen relativ ausführliche Angaben zum Freizeithaus (vgl. Kapitel 7.8). Insgesamt belegt die Häufigkeit der Nennung an dieser Stelle, wie allgemein der Gedanke an ein Haus im Vordergrund der Erwägungen der Laienplaner gestanden hat.

Es gibt andere Einrichtungen, die werden von der überwiegenden Mehrheit der 150 Teilnehmer in ihren Plänen aufgeführt. Einrichtungen dieser Art sind z.B.

- Brettspielmöglichkeiten oder eine
- Freilichtbühne.

Sie werden von 73 % bzw. 71 % der Bürger genannt.

Schliesslich gibt es Einrichtungen, die kommen auf den Plan-Entwürfen so häufig vor, dass man davon sprechen kann, dass sie mehrheitlich gewünscht werden. Hierher gehören z.B.

- der Abenteuerspielplatz (auf 57 % der Pläne)
- der Verkehrsübungsplatz (auf 46 % der Pläne)
- der Trimpfad, der auf 38 % der Pläne eingezeichnet ist, dabei in über der Hälfte der Fälle aber gleich mehrfach genannt wird.

Wenn es für den Aufbau der Erholungsanlage BÄRENLOCH erforderlich sein sollte, für die von den Bürgern genannten Einrichtungen eine Prioritätenliste herzustellen, so müssten über die Auszählung von Nennungen hinaus vermutlich noch weitere Überlegungen angestellt werden. Die Vorschläge, die die Bürger gemacht haben, sind von unterschiedlichen Faktoren mitgeprägt worden, nämlich unter anderem:

- + von den Überlegungen, die der einzelne im Hinblick auf die Planungstätigkeit nach seiner Einladung zur PLANUNGSZELLE bereits daheim angestellt hatte,
- von den im Programm präsentierten Informationen (hier insbesondere den Vergleichsanlagen Düsseldorf und Gütersloh),
- von Vorschlägen, die bei der gemeinsamen Arbeit von anderen erwähnt und vom einzelnen als "vernünftig" akzeptiert wurden.

Einzelne dieser Faktoren lassen sich noch eingehender analysieren. Man könnte ausserdem fragen, welchen dieser Faktoren mehr Raum zu gewähren ist, damit Bewertungen zustandekommen, die für eine anstehende Planung die erforderliche Ergänzung zur Fachplanung zu leisten in der Lage sind. All das aber kann nicht als Aufgabe des vorläufigen Berichtes verstanden werden. Solche Überprüfungen erfordern noch mehr Zeit.

Verlässlichere Aussagen (verglichen mit dem Thema Prioritätensetzung) lassen sich aus den Plan-Entwürfen im Hinblick auf das Thema "räumliche Zuordnung von Einrichtungen" gewinnen. Dieser Sachverhalt ist deswegen bemerkenswert, weil zur Beantwortung dieser Frage Daten zugrunde gelegt werden müssen, die einen noch höheren Grad von Komplexitätsverarbeitung voraussetzen, als sie die Daten enthalten, die lediglich eine Nennung von Einrichtungen darstellen. Über Ergebnisse dieser Art wird daher in einem eigenen Zusammenhang (vgl. Kapitel 7.7.) berichtet.

7.6.4. Erörterung zusätzlicher Attraktivität

Das auf der Freizeitanlage plazierte Angebot von Einrichtungen ist mitbestimmend für die Intensität der Inanspruchnahme der Anlage. Dieser Aussenaspekt der Einrichtungen muss daher bei der Planung von Anlagen mitberücksichtigt werden. Er ist unter dem Stichwort "Attraktivität der Anlage" in allen PLANUNGSZELLEN diskutiert worden. Im Vordergrund der Diskussion stand die Frage, ob das BÄRENLOCH einen zusätzlichen Anziehungspunkte braucht.

In den Bewertungsgruppen SO 3-8 ist auf diese Frage auch schriftlich reagiert worden. Die Teilnehmer sind über-

wiegend (nämlich zu 71 %) der Meinung, dass ein besonderer Anziehungspunkt erforderlich sei.

Diese generelle Feststellung nivelliert einen kleinen Unterschied: unter den 6 Gruppen sind zwei, die eine andere Tendenz aufweisen. Die Bürgergutachter der beiden Gruppen wohnen in der Nähe des BÄRENLOCHS (Solling Mitte, Sudberg/Kohlfurt). Möglicherweise ist diese Nähe bei der Stimmabgabe zur Frage nach einer zusätzlichen Attraktivität von Belag gewesen. Die 73 Bürger der restlichen Gruppen für sich genommen sind jedenfalls mit noch grösserem Nachdruck, nämlich zu 84 %, von der Notwendigkeit eines besonderen Anziehungspunktes überzeugt.

Als solche 'Anziehungspunkte' werden unter anderem genannt: Bergischer Kotten (5 mal), Kleintierzoo (4 mal), Rollschuhbahn (4 mal), Kleineisenbahn zur Rundfahrt für Besucher (4 mal), Vogelhaus, Lokomotive, alte Schwebebahn, Wasserspiele, Rodelbahn, alte Mühle, Kunstausstellung, in Stein gemeisselter Bär('BÄRENLOCH'), Gesangsveranstaltungen, Gocartbahn.

Im übrigen tauchte in der Diskussion eine Anregung auf, die hier festgehalten werden soll: Ein öffentliches Preisausschreiben möge Vorschläge dafür sichtbar machen, mit welcher Attraktion dem Bärenloch ein besonderer Anziehungspunkt verschafft werden solle.

7.7. Räumliche Zuordnung

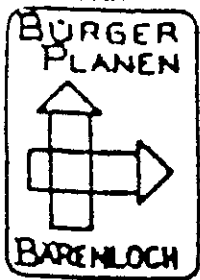
Die von den Laienplanern einzeln oder in Arbeitsgruppen niedergelegten Daten erlauben Aussagen nicht nur darüber, welche Einrichtungen für die Freizeitanlage Bärenloch wünschenswert sind, sondern auch dazu, wo auf dem Gelände diese plaziert werden sollten. Die Plazierungen, die die einzelnen Bürger vorgenommen haben, lassen sich nämlich innerhalb der Zählbezirke für bestimmte Anlagen oder Einrichtungen addieren. Die Ergebnisse der einzelnen Bezirke können dann miteinander verglichen werden.

Angesichts des Versuches, so detaillierte Festlegungen quasi "per Mehrheitsbeschluß" vornehmen zu wollen, mag der Architekt oder Städteplaner seine Bedenken haben. Andererseits aber ist nur schwer zu bestreiten, daß die Datenvorgaben, die auf diese Weise erzielt werden, für den Planer sehr hilfreich sein können.

7.7.1.

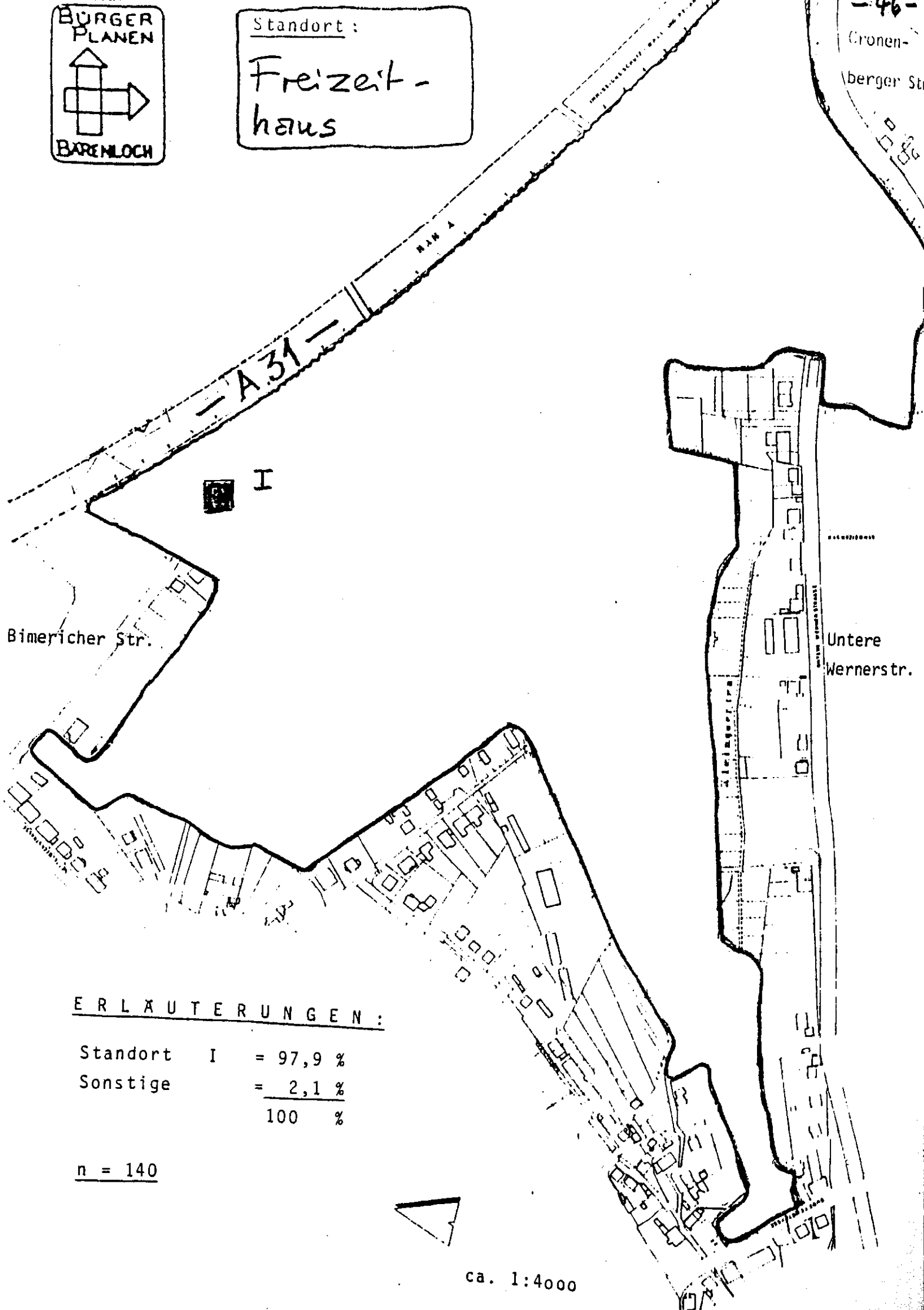
Die Aussagen über die räumliche Zuordnung der Einrichtungen sind von sehr unterschiedlicher Deutlichkeit. Bei manchen Einrichtungen ist das Ergebnis der Meinungsbildung relativ klar: Eigentlich scheint es für die betreffende Anlage nur einen Standort zu geben, der in Frage kommt. Als Beispiel hierfür werden hier angeführt: die Platzierung des Freizeithauses (vergl. Abbildung 9), des Verkehrsübungsplatzes und der Freilichtbühne.

Was die Lage des Freizeithauses an betrifft, so war es - wie bereits gesagt - schon früh ausdrücklich zu einer fast einhelligen Meinungsbildung unter den Teilnehmern gekommen. Wie weitgehend diese dann auch von den späteren Gruppen übernommen wurde, kommt auf den Plan-Entwürfen zum Ausdruck, deren Aussagen in der Abbildung 9 zusammengefaßt werden: Das Freizeithaus wird in den Bereich "Bimericher Straße" gelegt.



Standort :
Freizeit-
haus

-46-
Cronen-
berger Str



ERLÄUTERUNGEN :

Standort	I	= 97,9 %
Sonstige		= 2,1 %
		<u>100 %</u>

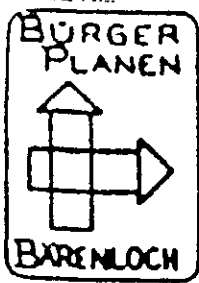
n = 140



ca. 1:4000

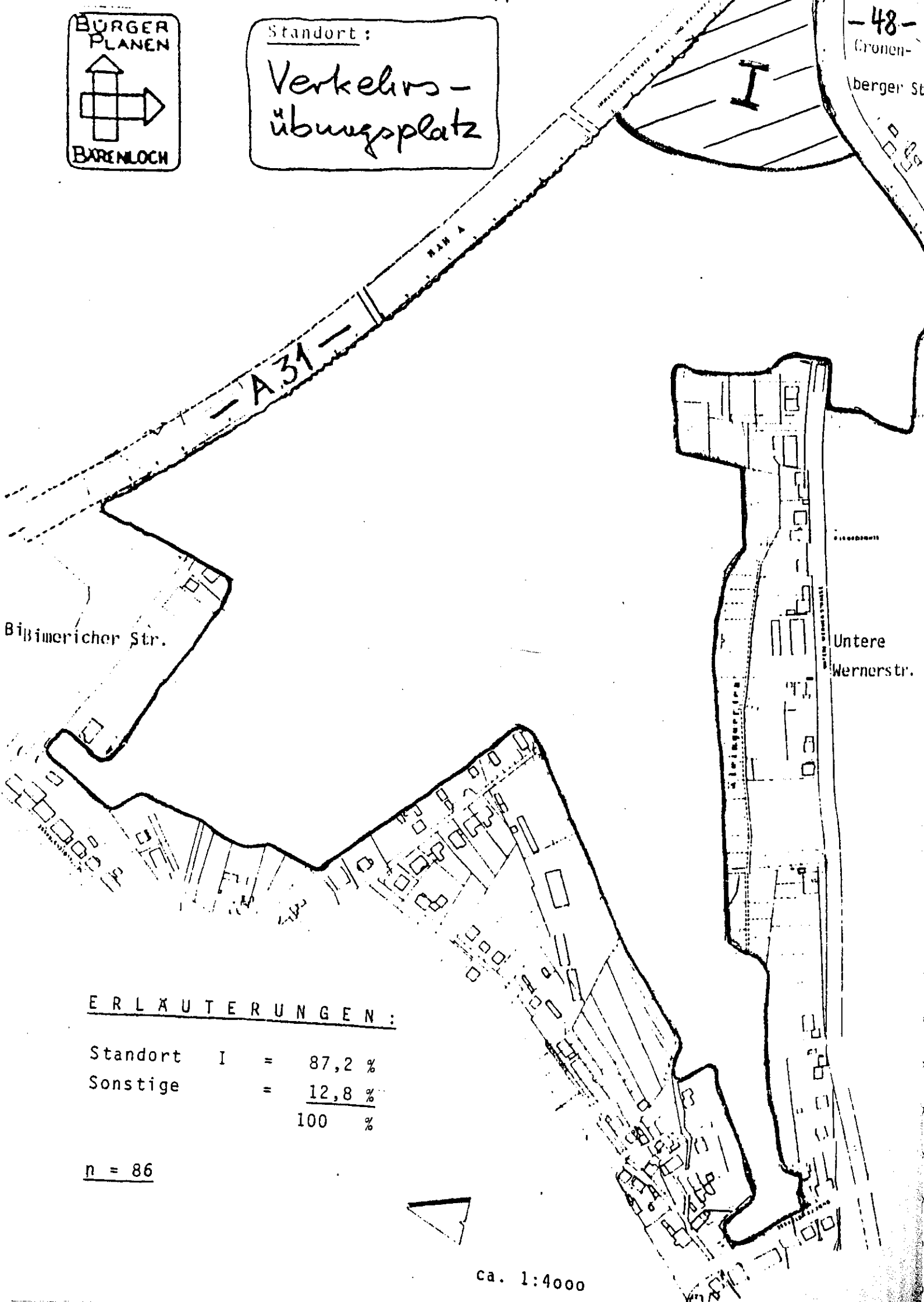
Ober die Vor- und Nachteile eines Verkehrsübungsplatzes ist in allen Gruppen mehr oder weniger ausführlich diskutiert worden. Wohin er, falls er kommen sollte, zu plazieren sei, darüber herrschte (vgl. Abb. 10) eine weitgehende Einigkeit: Er soll - insbesondere auch wegen der Schallemissionen - "am äussersten Ende" der Freizeitanlage untergebracht werden. Hierfür bietet sich der Winkel Cronenberger Strasse - Trasse der geplanten BAB 31 wie von selber an.

Auch die Freilichtbühne wird von den meisten Bürgern, die auf ihrem Plan-Entwurf eine derartige Einrichtung vorschlagen, in einen bestimmten abgegrenzten Bereich, nämlich von der Mitte des Freizeitgeländes bis hin zur Trasse der Autobahn (vgl. Abb. 11), gelegt. Als Begründung dieser Plazierung ist in einigen Fällen die Nutzungsmöglichkeit von Hanglagen für den Bau einer solchen Einrichtung angeführt worden.



Standort:
Verkehrs-
übungsplatz

-48-
Cronen-
berger Str.



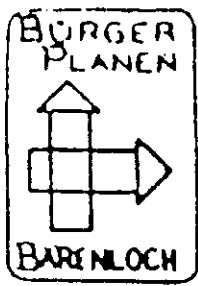
ERLÄUTERUNGEN:

Standort	I	=	87,2 %
Sonstige		=	12,8 %
			100 %

n = 86

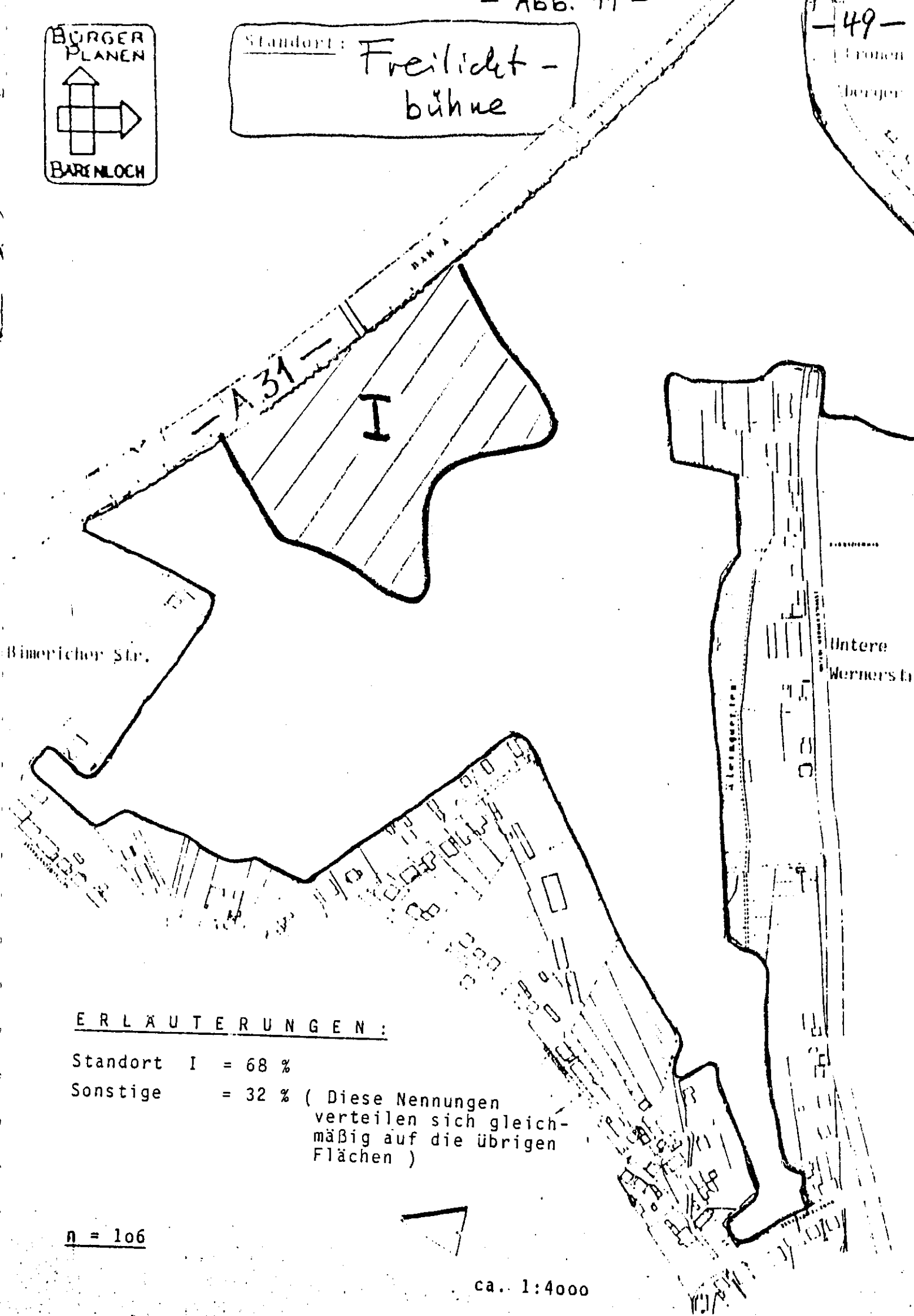


ca. 1:4000



Standort: Freilicht-
bühne

Abb. 11
- 49 -
Fronen
berger



ERLÄUTERUNGEN:

Standort I = 68 %
Sonstige = 32 % (Diese Nennungen
verteilen sich gleich-
mäßig auf die übrigen
Flächen)

n = 106

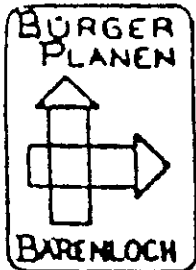
ca. 1:4000

7.7.2. Es gibt andere Einrichtungen, für die kommt - nach Meinung der planenden Bürger - einer von mehreren begrenzten Standorten in Frage. Als Beispiel für diese Weise der räumlichen Zuordnung dienen hier die Einrichtungen 'Trimpfad' und 'Abenteuerspielplatz'.

Trimpfade legt der Bürger, von verschwindend wenigen Ausnahmen abgesehen, weg von den Eingängen und vor allem weg von der Mitte des Freizeitgeländes (vgl. Abb. 12): 'Getrimmt' wird am Rande der Anlage.

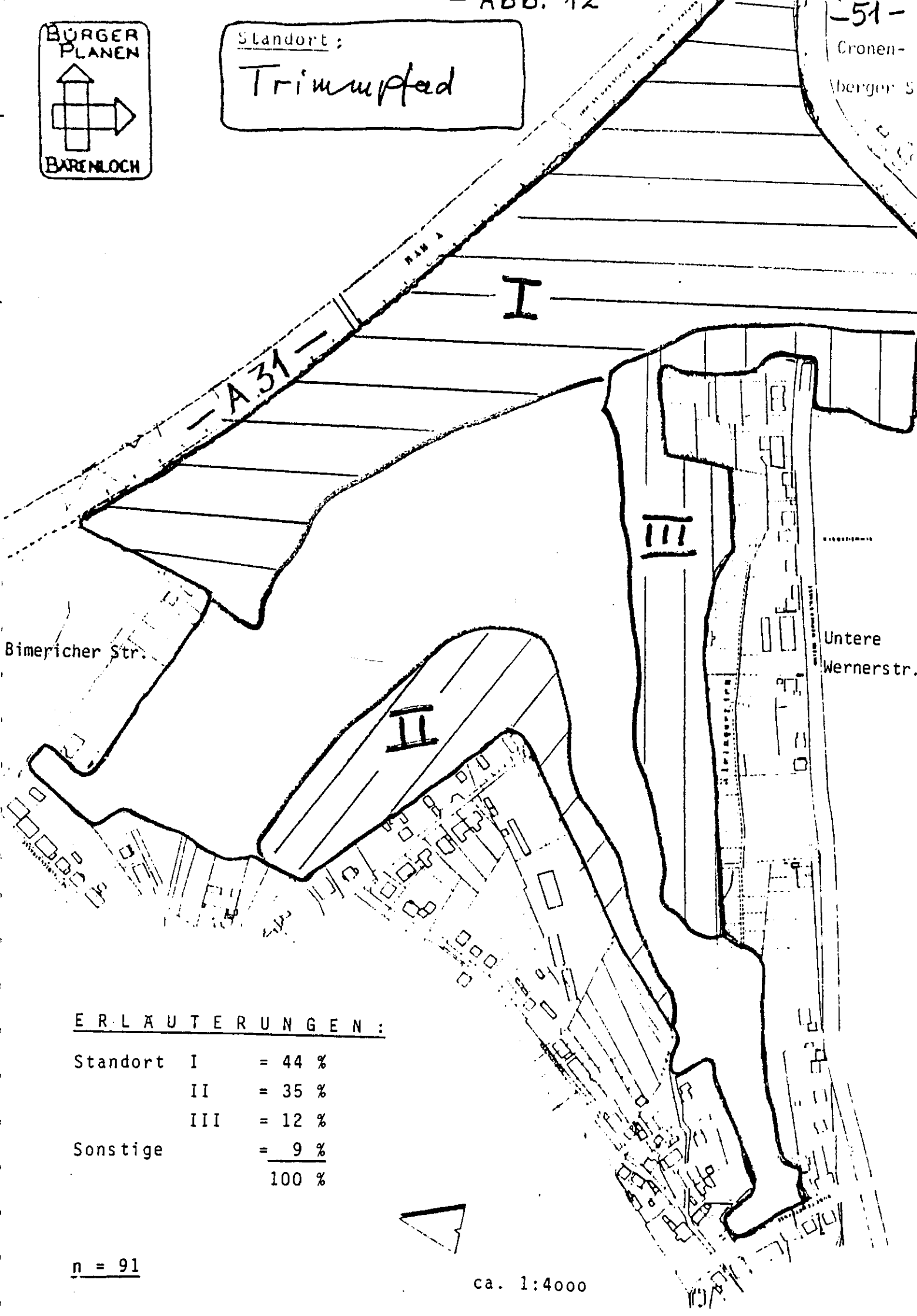
Als besonders attraktiv für Trimpfade erweist sich der Geländerand entlang der Autobahntrasse (Alternative I) sowie der flächenmässig kleinere aber damit genauso dicht besetzte westliche Geländerand (Alternative II). In schwächerem Masse gewählt, aber immer noch deutlich als Standortvorschlag erkennbar, ist die Rاندlage zur Unteren Wernerstrasse.

Auch für den Abenteuerspielplatz gibt es drei bevorzugte Lagen (s. Abb. 13). Zwei davon befinden sich in der Nähe des Freizeithauses: Hier lassen sich Zusammenhänge denken. Zwei der bevorzugten Standorte liegen nicht weit von einem Eingang der Freizeitanlage. Am stärksten gewählt (mit 44% der Nennungen) wurde ein Standort in der Nähe des Bereichs 'Bimericher Strasse'.



Standort:
Triumphfed

-51-
 Cronen-
 Berger S

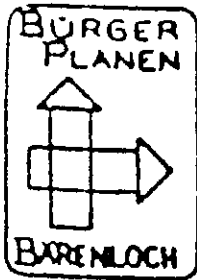


ERLÄUTERUNGEN :

Standort	I	= 44 %
	II	= 35 %
	III	= 12 %
Sonstige		= 9 %
		<u>100 %</u>

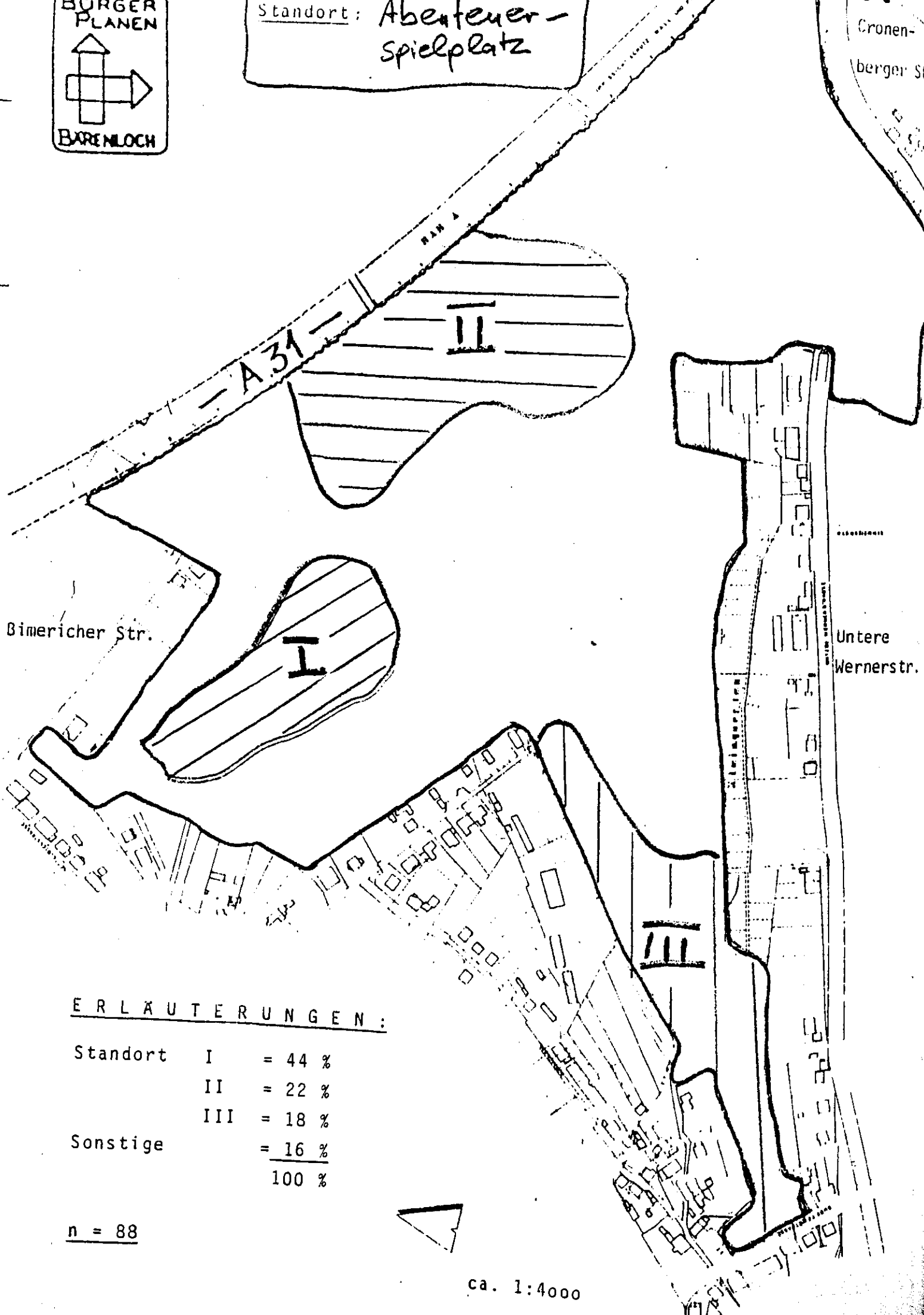
n = 91

ca. 1:4000



Standort: Abenteuer-Spielplatz

32
Cronen-berger Str.



ERLÄUTERUNGEN:

Standort	I	= 44 %
	II	= 22 %
	III	= 18 %
Sonstige		= 16 %
		100 %

n = 88

ca. 1:4000

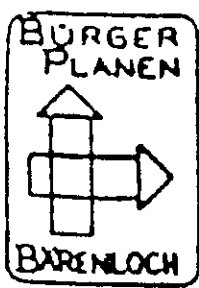
- 7.7.3. Bei wieder anderen Einrichtungen ist das Erwartungsbild der Bürger deutlich diffus: Diese Einrichtungen können an sehr unterschiedlichen Stellen der Freizeitanlage gedacht werden.

Ein Beispiel für diese Art der räumlichen Zuordnung stellen die Einrichtungen für Brettspiele dar. Sie werden vom planenden Bürger auf alle Bezirke verteilt (vgl. Abb. 14). Dennoch lässt sich auch hier so etwas wie ein Schwerpunktbereich erkennen. Die Hälfte aller Nennungen liegen - beginnend vom Abstieg "Sudetenstrasse" - auf einer Fläche, die für grössere Aktivitätsangebote anderer Art nur z.T. in Frage kommt.

7.7.4. Obersichtlichkeit der Anlage

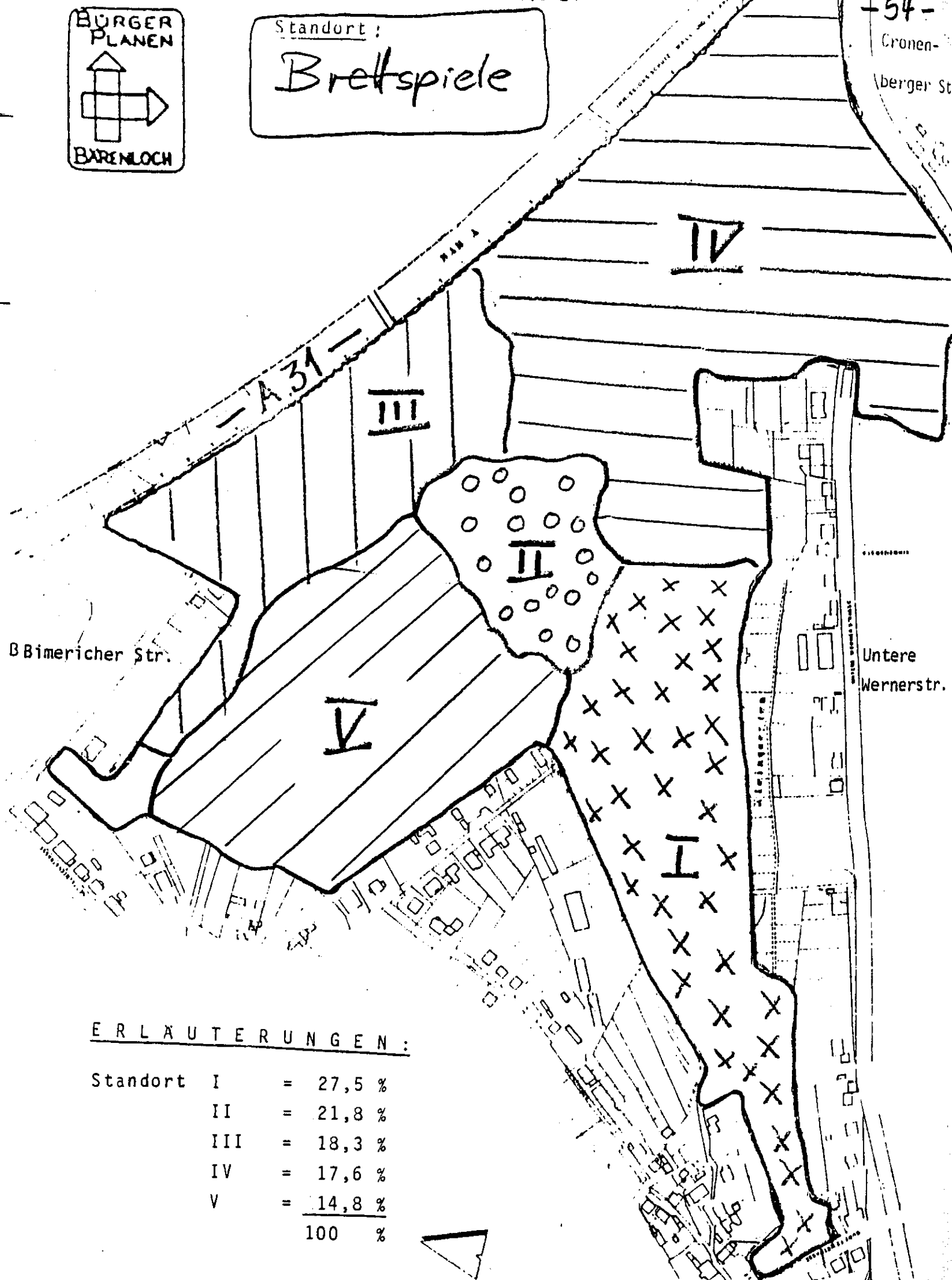
In einigen Gruppen ist diskutiert worden, ob durch räumliche Zuordnung von Einrichtungen die Durchsichtigkeit, und damit auch die Kontrollierbarkeit, des Freizeitgeländes erhöht werden kann.

Auf den Vorschlag, Aufsichtspersonal durch eine geschickte räumliche Zuordnung auf der Freizeitfläche (und die damit erhöhte 'Transparenz') einsparen zu können, wurde von den Bürgerplanern sehr zurückhaltend reagiert. Zwei Bewertungen, die hierzu in den Gruppen SO 1 und SO 2 durchgeführt wurden, zeigen dass insgesamt nur 46 % die "räumliche Durchsichtigkeit" für wichtig halten. 68 % der Teilnehmer schlagen vor, dass eher eine ausreichende Anzahl von ansprechbarem Personal in der Anlage sichtbar sein sollte.



Standort:
Brettspiele

-54-
Cronen-
berger Str.



ERLÄUTERUNGEN:

Standort	I	=	27,5 %
	II	=	21,8 %
	III	=	18,3 %
	IV	=	17,6 %
	V	=	14,8 %
			<u>100 %</u>

n = 142

ca. 1:4000

7.8. Charakter des Hauses

Der Bürger ist in den Planungszellen nicht vor die Aufgabe gestellt worden, das Raumprogramm eines Freizeithauses zu erarbeiten oder sich zu entsprechenden Vorschlägen zu äussern. Dennoch hat die Frage nach dem Charakter des Hauses die Fantasie der Teilnehmer immer wieder beschäftigt. Das lässt sich mit den angefertigten Wunschlisten, durch protokollierte Diskussionsäusserungen und durch die abgelieferten Pläne belegen.

7.8.1. Als ertragversprechend hat sich der Versuch erwiesen, diejenigen Äusserungen zu analysieren, die zum Thema "Freizeithaus" von den Laienplanern auf ihren Plan-Entwürfen gemacht worden sind.

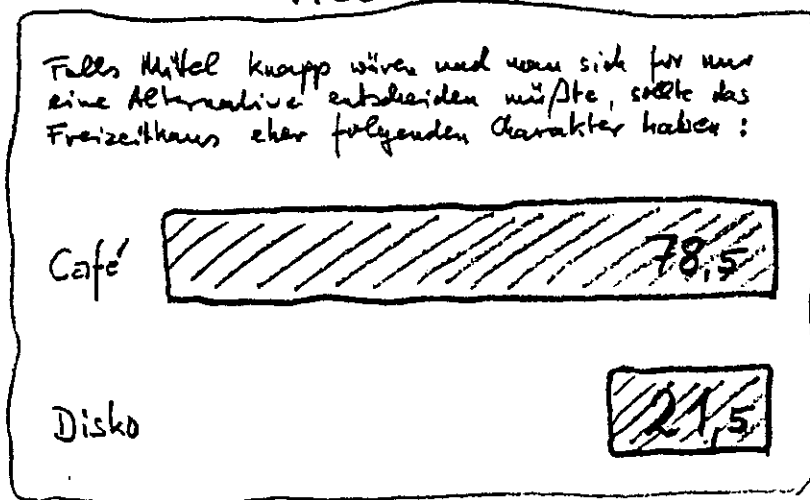
Bei diesen Nennungen tauchen vor allen immer wieder drei Funktionsbereiche auf: Gastronomie, Spiel-räume und Hobbyräume.

Daneben werden eine Reihe guter und bedenkenswerter Vorschläge, oft auch als Idee eines Einzelnen, gemacht. So wird z.B. mehrfach angeregt, das im Bereich Bimerich vorhandene Fachwerkhaus in die Freizeitanlage einzubeziehen. Eventuell könnten auch weitere Bergische Häuser (Ensemble) am gleichen Standort aufgestellt werden.

Derartige Äusserungen zur Gestaltung des Hauses waren bei der Anfertigung des Planentwurfes nicht erwartet worden. Wo sie dennoch erfolgt sind, bringen sie eine eigens motivierte zusätzliche Leistung zum Ausdruck.

7.8.2. Um der späteren Planung Richtwerte an die Hand zu geben, ist die bürgerschaftliche Einstellung zur Gestaltung des Freizeithauses in den Bewertungsgruppen S0 3 bis S0 8 auf eine grobe Alternative reduziert erfragt worden. Mit der Vorgabe von zwei Antwortmöglichkeiten, ob nämlich das Haus mehr "Disco"-Charakter haben oder eher wie ein Café eingerichtet werden sollte, wurde festzuhalten versucht, ob der Bürgerplaner die Kundengruppen des Freizeithauses mehr bei den Jugendlichen oder eher bei den gesetzteren Jahrgängen sieht.

- Abb. 15 -



Die Auszählung der Ergebnisse belegt, dass die Bürgerplaner dem für mehr Zwecke verträglicheren Café-Stil zuneigen: Geht man von den Teilnehmern aus, die zu der vorgesehenen Alternative Stellung bezogen haben (n = 88), so zeigt sich, dass im Durchschnitt der Gruppen (s. Abb. 15) der überwiegende Teil diese Meinung vertreten hat. Die gleiche Tendenz hat in jeder einzelnen der 6 Gruppen bestanden.

7.8.3. Als Gesamtaussage zeichnet sich ab: Das Freizeithaus sollte für alle da sein. Sein Gastronomiebereich sollte nicht zu stark nur auf Jugendliche zugeschnitten werden.

7.9. Personal

Es konnte nicht die Aufgabe der Planungszellenteilnehmer sein, in der Frage der Personalausstattung genaue Vorstellungen zu entwickeln. Die hierfür notwendigen, sehr umfangreichen Informationen sind denn auch dem Bürger nicht vorgelegt worden. Da aber die Dimensionierung von baulichen Anlagen sich unter Langfristaspekten immer mehr als ein Personal-Kostenproblem erweist, erschien es doch sinnvoll, die Bedeutung der Personalfrage in der Bürgererörterung herauszuarbeiten und so etwas wie eine Grobvorstellung über Antwortmöglichkeiten zu gewinnen.

7.9.1. Stellenwert und Funktion von Personal

Als das kennzeichnende Ergebnis der Einzel- und Gruppenäußerungen zu dieser Frage kann hier der Satz festgehalten werden: "Das Wichtigste an der Freizeitanlage ist das Personal". Auch in einer Tages-Erholungsanlage BARENLOCH möchte der Bürger es mit einem konkreten personalen Gegenüber zu tun haben.

Ausserhalb der gärtnerischen Betreuung werden hier Personen z.B. in folgenden Funktionen erwartet: als Ansprechperson ("Das wird von der Verwaltung wohl unterschätzt"), als Aufsicht ("Der Schutz Schwächerer regelt sich nur dann von selber, wenn mit einer Aufsicht gerechnet werden kann") und an bestimmten Stellen auch als Anreger und Anleiter.

Ein Aufsichtsbedarf eigener Art ergibt sich vermutlich für den Kinderbereich (Matschplatz, bewegliches Spielzeug, Abenteuerspielplatz).

Einen Schwerpunkt des Personaleinsatzes stellt nach Ansicht der Bürger das "Freizeithaus" dar (pädagogische Betreuung, Gastronomie, Hausmeister, Materialausgabe, Lehrhandwerker für Hobbyraum und dergleichen).

7.9.2. Faktoren für Personalbedarf

Zwei Gesichtspunkte, die für die Höhe des Personalbedarfes von Belang sein werden, sind von den Bürgergutachtern der Gruppen S0 3 bis S0 8 kurz erörtert und bewertet worden, die Fragen nämlich

- ob Personal während des Tages durchgängig verfügbar sein sollte (Besetzung in zwei Schichten) und
- ob die Anlage auch an Sonn- und Feiertagen geöffnet und besetzt sein sollte.

Die Ansichten der Bürger zu diesen Punkten sind relativ eindeutig (s. Kasten).

	Ja	Nein	keine Antwort
Die Anlage sollte in <u>zwei Schichten</u> besetzt sein	90	6	4
Die Anlage sollte an <u>Sonn- und Feiertagen</u> geöffnet sein	97	2	1

Angaben in % (n = 104)

7.9.3. Einschätzung des Personalbedarfs

Den teilnehmenden Bürgern wurde am Ende der gemeinsamen Arbeit die Frage vorgelegt, wie viel Personal ihrer Meinung nach auf der Freizeitanlage BARENLOCH eingesetzt werden sollte.

Auf dem entsprechenden Bewertungsbogen waren für diese Frage bestimmte Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Diese Vorgaben lauteten bei den beiden Planungsgruppen etwas anders als bei den sechs Bewertungsgruppen. Es ist daher notwendig, die Ergebnisse je für sich auszuwerten.

Bei den Planungsgruppen (s. Kasten) steigert sich mit der vorgegebenen Personenzahl der %-Satz der Nennungen. Sechzig Prozent der Teilnehmer antworten in der obersten Kategorie, nämlich bei "mehr Personen". Es ist die Frage, ob dieses Votum wirklich eine bestimmte Personalzahl meint. Vermutlich ist es richtiger, das Ergebnis lediglich in seiner Tendenz zu interpretieren.

Meiner Meinung nach sind an nicht-gärtnerischem Personal erforderlich:

Antworten (%) der:

Anzahl der gewünschten Personen:

	<u>1 Person</u>	<u>2 Pers.</u>	<u>3 Pers.</u>	<u>4 Pers.</u>	<u>weder Pers.</u>	<u>k. Antw.</u>
Planungsgruppen So 1 und So 2	-	-	9	31	60	-

	<u>2 oder weniger</u>	<u>3 Pers.</u>	<u>4 oder mehr Pers.</u>	<u>K. Antw.</u>
Bewertungsgruppen So 3 - So 8	11.5	37.5	46.2	4.8

Es bedeutet, dass der Bürger die Meinung vertritt, im BARENLOCH solle "im Rahmen des fachlich Vertretbaren möglichst viel Personal" eingesetzt werden.

Auch bei den Bewertungsgruppen steigert sich mit der vorgegebenen Personalanzahl die Nennungen der Teilnehmer. Wenn diese Ergebnisse mit den oben genannten auch nicht zahlenmässig genau übereinstimmen, so ist die Tendenz hier doch die gleiche. (s. Kasten). Dass in beiden Bewertungsvorgängen die gleiche Tendenz auftritt, unterstreicht das gewonnene Ergebnis.

7.9.4. Zur Deckung des Personalbedarfs

Die Tageserholungsanlage BÄRENLOCH wird die Einrichtung neuer Personalstellen bei den entsprechenden Ämtern der Stadt notwendig machen. Die damit verbundenen Kosten sind den beteiligten Bürgern erläutert und von diesen vor der Einschätzung des Personalbedarfs erörtert worden.

Bei diesen Erörterungen ist immer wieder auch der Hinweis darauf laut geworden, dass es möglich sei, freiwillige Leistungen des Bürgers für die soziale Betreuung der Anlage in Anspruch zu nehmen.

Die Bereitschaft, etwa Aufsichtsfunktionen auf Dauer freiwillig wahrzunehmen, ist in den Diskussionen vermutlich überbewertet worden. Interessanter erscheint da der Hinweis auf die Möglichkeit, Ersatzdienstpflichtige in einer Freizeitanlage einzusetzen.

Dennoch sollte geprüft werden, ob es nicht möglich ist, notwendige Funktionswahrnahmen so zu formulieren und auszugestalten, dass sie an spezifisch motivierte Gruppen (z.B. Vereine) vergeben oder gegen Vergütung - und ggf. nach entsprechender Belehrung - befristet von Hilfewilligen (z.B. Rentnern) wahrgenommen werden können.

8. Nebenergebnisse

Bestimmte verfahrensspezifische Erträge, die nicht ausdrücklich in die Auftragstellung einbezogen waren, aber wegen der Neuartigkeit des eingesetzten Verfahrens erwähnenswert erscheinen, sollen hier als Nebenergebnisse kurz benannt werden.

Steigerung kommunalpolitischen Bewußtseins

150 Bürger hatten Gelegenheit für die Stadt Solingen aktiv zu werden (nur 0,5 % davon gehörten einer politischen Partei an).

Einzelbeleg: Nach einem Tag voller Planungsarbeit nehmen am 8. Februar 1979 vierzig% der Teilnehmer der Gruppe SO 8 zusätzlich an einer kommunalpolitischen Abendveranstaltung teil.

Kontakt Bürger-Verwaltung

Für die beteiligten Ämter haben sich mit der Durchführung der PLANUNGSZELLEN eine Fülle neuer personaler Kontakte von einer Art ergeben, wie sie bisher selten oder gar nicht zustande kamen. Hier erschliesst sich eine neue Zugangsmöglichkeit zum Bürger.

Einzelbeleg: In den Schlussbewertungen, die am Ende jeder PLANUNGSZELLE stattfanden, ist von den Bürgergutachtern dokumentiert worden, dass in den Tagen der Zusammenarbeit die Gesprächskontakte mit den anwesenden Vertretern der Verwaltung häufiger waren als die Gesprächskontakte mit den Prozeßbegleitern (Tagungsleiter, Tagungsassistent).

Identifikation mit der geplanten Maßnahme

Der im Zufall ausgewählte Bürger ist bereit und in der Lage, sich mit den Zielen und dem Zustandekommen der von ihm beratenen Freizeitanlage zu identifizieren. Diese Identifikation ist - wie sich bis jetzt gezeigt hat - von relativ hoher Intensität. Sie scheint davon unabhängig zu sein, ob der Teilnehmer in dem näheren oder dem weiteren Einzugsbereich der Anlage wohnhaft ist.

- Einzelbelege:
- Private (auch zusammen mit Angehörigen) Besuche des Geländes BÄRENLOCH durch ehemalige Teilnehmer
 - Gezieltes Sammeln von Zeitungsausschnitten und dergleichen über das Projekt BÄRENLOCH oder ähnliche Freizeitvorhaben.
 - Verbale Äusserungen ehemaliger Teilnehmer (hier gibt es auch Belege "überdosierter" Identifikation: In die Erwartungen gegenüber der Stadtverwaltung geht das bekannte 'bürgerschaftliche Mißtrauen' ein).
 - Nachfrage einzelner Bürger nach dem Fortgang des Vorhabens BÄRENLOCH.
 - Teilnahme an Folgeveranstaltung (Eintritt: Beitrag zur Saalmiete DM 5,00).

Es kann angenommen werden, dass die Identifikation mit den geplanten Maßnahmen, die in solchen Verhaltensweisen zum Ausdruck kommt, langfristig anhält. Sie dürfte damit vermutlich Folgen haben, die für öffentliche Haushalte kostenwirksam sind. Der Umgang mit der erstellten Anlage fällt nämlich bei dem, der selber mitgeplant hat, interessierter und sorgfältiger aus, als das bei anderen Personen der Fall ist. Diese Einstellung 'färbt' möglicherweise auch auf das soziale Umfeld des ehemaligen Bürgergutachters ab.

Es sind bauliche Maßnahmen denkbar, für die es von einem gewissen Belang ist, ob derartige soziale Kräfte und "Kontrolleffekte" im Feld der Benutzer der Anlage freigesetzt werden oder nicht.

9. Weitere Auswertung

Der vorläufige Ergebnisbericht für das Bürgergutachten BÄRENLOCH hat sich auf eine begrenzte Anzahl relativ leicht auswertbarer Sachverhalte beschränken müssen. Es kann angenommen werden, dass gründlichere Auswertungen weitere bei der Planung verwertbare Einsichten erbringen werden.

Eine solche Auswertungsmöglichkeit stellt etwa die Auszählung der Nennungen nach der sozialen Position der Teilnehmer dar, z.B.

- wie haben die jugendlichen Teilnehmer votiert,
- wie die alleinstehenden Frauen?

Ausserdem lassen sich bestimmte Einrichtungen, die für das BÄRENLOCH in Frage kommen, benutzerspezifisch analysieren: Wie setzen sich z.B. die Gruppen zusammen, die bestimmte Einrichtungen wünschen?

Derartige Quertabellierungen sind in der Regel ohne Rechneinsatz nicht mehr zu leisten.

Der Zeitbedarf der weiteren Auswertung beträgt voraussichtlich mehrere Monate.

Veröffentlichungen aus dem Arbeitsbereich der "Forschungs-
stelle Bürgerbeteiligung & Planungsverfahren", Universität
Gesamthochschule Wuppertal.

1) Schriftenreihe:

"Democratia experimentalis - Schrif-
ten zur Planungsbeteiligung"

Herausgegeben von Peter C. Diemel
Verlag Peter Lang, Frankfurt/M./Bern

Bd. 1 GARBE, D.

Die Planungszelle und ihre Umwelt.
Analyse des Beziehungsgefüges zwi-
schen Verfahren, Teilnehmern und
Planern. 1980. 339 S. sFr. 60,--.

Bd. 2 BERNOTAT, I.

Die Laienplanerrolle. 1980. 205 S.
sFr. 37,-- .

Bd. 3 HORN, H.

Wählerspezialisierung. 1981. 107 S.
sFr. 24,-- .

Bd. 4 GARBE, D. (Hg.)

Bürgerbeteiligung. Über die Theorie
zur Handlungsorientierung. 1982.
248 S. sFr. 56,-- .

Bd. 5 MEHLICH, H.

Politischer Protest und Stabilität.
1983. 331 S. sFr. 71,--

"Democratia experimentalis - Praxis-
berichte zur Planungsbeteiligung "

Herausgegeben von Peter C. Diemel
Verlag Peter Lang, Frankfurt/M./Bern

Bd.1 DIENEL/FRIEDRICH/
HENNING

Bürger planen einen Freizeitpark.
Bericht über den Testlauf der Pla-
nungszelle in Solingen. 173 S.
ca. sFr. 34,-- (in Druck).

Bd. 2 BONGARDT/DIENEL/
HENNING

Bürger planen das Rathausviertel.
Testlauf des Verfahrens Planungs-
zelle zur Erarbeitung von Ausgangs-
daten für den städtebaulichen Wett-
bewerb "Rathaus/Gürzenich-Köln".
157 S. ca. sFr. 35,-- (in Druck).

2) Grundlagentext :

DIENEL, P.C.

Die Planungszelle. Der Bürger plant
seine Umwelt. Eine Alternative zur
Establishment-Demokratie. Westdeut.
Verlag. Opladen 1978. DM 24,--.

3) Forschungsberichte:

DIENEL/GARBE/WYBORSKI

Bürger planen Hagen-Haspe. Wingen-Verlag. Essen 1978. 90 S. DM 11,--.
(vergriffen).

DIENEL, P.C.

Bürgergutachten Solingen-Bärenloch.
Wuppertal 1979. 73 S. (vergriffen).

Stadt Köln, Der Ober-
stadtdirektor (Hg.)

Bürgergutachten Rathaus/Gürzenich-
Köln. 1980 (vergriffen).

4) Werkstatt-Papiere: (erhältlich gegen Schutzgebühr)

Nr. 1, DIENEL, P.C.

New Options for Participatory
Democracy. Wuppertal 1980. DM 3,--.

Nr. 2, BÜNNING, J.

Diffusion eines Beteiligungsver-
fahrens im Kommunalbereich.
Wuppertal 1980. Dm 4,-- (vergriffen).

Nr. 3, DIENEL, P.C.

Das Bürgergutachten. Ein neues
Instrument in kommunalen und regio-
nalen Entscheidungsprozessen.
Wuppertal 1980. DM 4,--.

Nr. 4, DIENEL, P.C.

Beteiligung betroffener Bürger
an den Entscheidungen der Verwal-
tung. Wuppertal 1981. DM 4,--.
(vergriffen).

Nr. 5, DIENEL, P.C.

Frühzeitige Bürgerbeteiligung bei
der Planung von Verkehrsanlagen.
Wuppertal 1981. DM 5,--.

Nr. 6, UHLIG, K.

Planungszellen: Bausteine eines
demokratischen Planungsverfahrens.
Wuppertal 1983. (in Druck).

Nr. 7, DIENEL, P.C.

Bürgerinformation oder Bürgerbeteili-
gung. Erste Reaktionen auf das In-
strument Bürgergutachten. Wuppertal
1981. DM 4,--.

Nr. 8, GARBE/HENNING/
MEHLICH/MODROW/
WYBORSKI

Probleme der Stadtpolitik in den
achtziger Jahren. Wuppertal 1982.
DM 3,--.

Nr. 9, POSSE, A.

Eine Analyse der Partizipationspro-
blematik am Beispiel des Städtebaus.
Wuppertal 1982 . DM 4,-- (vergriffen).

- Nr. 10, DIENEL, P.C. Bürgerbeteiligung bei der Planung von Bundesfernstraßen. Wuppertal 1983. (in Druck).
- Nr. 11, BONGARDT/GARBE/
MEHLICH Soziotechnik der Bürgerbeteiligung, Beiträge zu den Arbeitsgruppen des Bamberger Soziologentages 1982. Wuppertal 1982. DM 5,--.
- Nr. 12, BONGARDT/DIENEL
HENNING Bürger planen das Rathausviertel. Testlauf des Verfahrens Planungszelle zur Erarbeitung von Ausgangsdaten für den städtebaulichen Wettbewerb "Rathaus/Gürzenich-Köln". Wuppertal 1983. (reprint). DM 14,--.
- Nr. 13, Stadt Köln, Der
Oberstadtdirektor
(Hg.) Bürgergutachten "Rathaus/Gürzenich-Köln". Nachdruck. Wuppertal 1983. DM 8,--.
- Nr. 14, DIENEL, P.C. Das Modell Bürgergutachten: Wider die strukturelle Abschaffung des Bürgers. Wuppertal 1983. DM 4,--.
- Nr. 15, DIENEL, P.C. Bürgergutachten Bärenloch. Nachdruck. Wuppertal 1983. DM 5,--.
- Nr. 16, DIENEL/GARBE Bürgerplanung von A - Z. Wuppertal 1983. DM 32,--.